

U*i*D

13/2000 · 13. April

13. Parteitag
in Essen



Merkel

Polenz

„Wir wollen die treibende Kraft in Deutschland sein. Und wir wollen wieder Nummer 1 werden. Wir haben ein klares Ziel: Wahlsieg 2002.“

**Wir sind
wieder da.
Jetzt geht
es zur
Sache.**

**Essener
Erklärung.
Beschluss
des 13.
Parteitags.
Innenteil**

9.-11. April
2000

ZUR SACHE!

- **JÜRGEN RÜTTGERS:** Wir bauen Brücken zwischen Markt und Menschlichkeit. Grußwort. Seite 4-6
- **WOLFGANG SCHÄUBLE:** Der Neuanfang muss gelingen – hier und heute. Bericht des Parteivorsitzenden. Seite 8-17
- **PETER MÜLLER:** Sie sind ein Brückenbauer in der Politik und für die Union. Dank an Wolfgang Schäuble. Seite 18/19
- **MATTHIAS WISSMANN:** Der umfassendste Sanierungsplan unserer Parteigeschichte. Bericht des Bundesschatzmeisters und zugleich Einführung in die Anträge des Bundesvorstands zu den Konsequenzen der Finanzaffäre:
 - ▶ Anträge auf Änderung des Satzrechts.
 - ▶ Anträge zur finanziellen Konsolidierung der Bundespartei. Seite 20-25
- **ANGELA MERKEL:** Unsere Zukunft hängt einzig und allein von unserer eigenen Stärke ab. Bericht der Generalsekretärin und zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstands „Essener Erklärung“. Seite 28-44
- **RUPRECHT POLENZ:** Wir brauchen eine Renaissance der Mitglieder-CDU. Seite 46-50
- **DOKUMENTATION:** Essener Erklärung. Beschluss des 13. Parteitags. Innenteil
- **ABHÖRPROTOKOLLE** – Stasi-Opfer nicht ein zweites Mal zum Opfer machen. Erklärung von Generalsekretär Ruprecht Polenz. Seite 51

Wahl der Vorsitzenden



Angela Merkel ist mit 95,94 % der abgegebenen Stimmen zur neuen Vorsitzenden der CDU gewählt worden. Von 935 gültigen Stimmen erhielt sie 897

Ja-Stimmen der Delegierten. Gegen die neue Vorsitzende votierten 38 Delegierte, 7 enthielten sich.

Wahl des Generalsekretärs



Der Bundestagsabgeordnete **Ruprecht Polenz** ist mit 88,25 % der abgegebenen Stimmen zum Generalsekretär der CDU gewählt worden. Von den 885 gültigen

Stimmen erhielt Polenz 781. 52 Delegierte enthielten sich, und zwei Stimmen waren ungültig.

Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden



Von den 965 abgegebenen Stimmen wurde **Annette Schavan** mit 849 Stimmen (87,98 %) gewählt, **Jürgen Rüttgers** mit 722 Stimmen (74,82 %),



Christian Wulff mit 599 (62,07 %) und **Volker Rühle** mit 565 Stimmen (58,55 %).

Die neue Führung

Wahl des Bundesschatzmeisters



Ulrich Cartellieri ist mit 99,32 % bzw. mit 873 Stimmen zum Schatzmeister der CDU gewählt worden. Sechs Delegierte stimmten mit Nein.

Wahl der sieben weiteren Präsidiumsmitglieder

Im ersten Wahlgang wurden gewählt:

Dagmar Schipanski mit 861 Stimmen

(87,68 %)

Wolfgang Schäuble mit 766 Stimmen

(78 %)

Hildegard Müller mit 733 Stimmen

(75 %)

Roland Koch mit 650 Stimmen

(66 %)

Jörg Schönbohm mit 589 Stimmen

(60 %)

Hermann-Josef Arentz mit 505 Stimmen

(51 %)

Aus der Stichwahl ging **Peter Rau** mit 460 Stimmen (50,72 %) als Sieger hervor. **Arnold Vaatz** erhielt 447 Stimmen (49,28 %).

Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstands

1. Berhard Vogel: 873	92,19 %
2. Godelieve Quisthoudt-Rowohl: 794	83,84 %
3. Hans-Peter Repnik: 792,	83,63 %
4. Yvonne Kempen: 790,	83,42 %
5. Karin Wolff: 771,	81,41 %
6. Tanja Gönner: 748,	78,99 %
7. Katherina Reiche: 738,	77,93 %
8. Laurenz Mayer: 725,	76,56 %
9. Maria Böhmer: 723,	76,35 %
10. Matthias Wissmann: 685,	72,33 %
11. Dieter Althaus: 668,	70,54 %
12. Erika Steinbach: 660,	69,69 %
13. Maria Michalk: 660,	69,69 %
14. Philipp Mißfelder: 659,	69,59 %
15. Prof. Otto Wulff: 659,	69,59 %
16. Andreas Renner: 655,	69,17 %
17. Eckhardt Rehberg: 654,	69,06 %
18. Karl-Josef Laumann: 638,	67,37 %
19. Regina Görner: 603,	63,67 %
20. Friedberg Pflüger: 603,	63,67 %
21. Angelika Volquartz: 585,	61,77 %
22. Rainer Eppelmann: 580,	61,25 %
23. Franz-Josef Jung: 573,	60,51 %
24. Helmut Linssen: 569,	60,08 %
25. Ole von Beust: 565,	59,66 %
26. Prof. Georg Milbradt: 530,	55,97 %

Jürgen Rüttgers:

Wir bauen Brücken zwischen Markt und Menschlichkeit

Im Namen der CDU Nordrhein-Westfalen heiße ich Sie alle in Essen – mitten im Ruhrgebiet – herzlich willkommen. Kennen Sie eigentlich den Song? „Tief im Westen, wo die Sonne verstaubt, ist es besser, viel besser als man glaubt.“ So, liebe Freunde, beginnt eine gesungene Liebeserklärung von Herbert Grönemeyer an das Ruhrgebiet, seine Heimat. Es enthält kein Wort von finsterner Industriekulisse. Kein gammlicher Kommissar und auch nicht der düstere Kohlenpott kommen vor. Es ist eine eindrucksvolle Hymne auf das Ruhrgebiet und seine Schönheit. Ich bin stolz auf unser Nordrhein-Westfalen. Ich bin stolz auf das, was die Menschen hier im Ruhrgebiet für unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet haben und auch heute noch leisten.

Nordrhein-Westfalen liegt mitten im Herzen Europas. Wir verfügen hier über alles Wissen dieser Welt. Wir haben fleißige Menschen, die sich durch Stolz auf ihre Vergangenheit und durch Mut zur Zukunft auszeichnen. Was schade ist: Wir haben in Nordrhein-Westfalen leider eine schwache Regierung. Das wollen wir am 14. Mai ändern.

Wir von der neuen CDU im Westen haben uns auf diesen Parteitag gefreut. Nach all den schwierigen Wochen und Monaten ist dies ein Parteitag des Aufbruchs. Wir im Westen wünschen uns deshalb von diesem Parteitag ein Signal der Geschlossenheit und des Neuanfangs. Das wird uns – da bin ich ganz sicher – bei der Landtagswahl am 14. Mai helfen.

Auch Nordrhein-Westfalen braucht einen Neuanfang. Sie können sich erinnern: Bei

der Bundestagswahl hieß es, dass 16 Jahre angeblich genug seien. Das war zwar falsch – wie wir jetzt wissen –, aber man muss sagen: Wenn damals 16 Jahre genug waren, dann sind 34 Jahre SPD in Düsseldorf mehr als genug.

Wir sind entschlossen, die Landtagswahl zu gewinnen. Dass wir gewinnen können, haben wir im vergangenen Jahr gezeigt. Bei den Europawahlen lagen wir in Nordrhein-Westfalen 10 Prozentpunkte vor der SPD. Bei den Kommunalwahlen im Herbst haben wir sogar mit 50,3 Prozent gewonnen. Die CDU stellt jetzt 29 Landräte in Nordrhein-Westfalen; die anderen haben nur noch zwei.

Die CDU stellt 14 Oberbürgermeister; die anderen haben nur noch neun.

Die CDU stellt jetzt 249 Bürgermeister; die anderen nur noch die Hälfte. Das ist doch ein gutes Ergebnis!

Wer hätte daran gedacht, dass wir auf einem CDU-Parteitag in Essen – Wolfgang Schäuble hat es gerade gemacht –, einen direkt gewählten CDU-Oberbürgermeister begrüßen können. Ich begrüße ebenso unseren Parteifreund Wolfgang Reiniger.

Ich begrüße ebenso herzlich den Oberbürgermeister von Hamm, Thomas Hunsteger-Petermann.

Ich begrüße den Landrat des Kreises Recklinghausen, Hans-Jürgen Schnipper.

Ich begrüße den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Oliver Wittke. Stellen Sie sich einmal vor: Die CDU stellt den Oberbürgermeister auf Schalke.



Leitsätze gestellt: „Nah bei den Menschen“ und „Ran an die Wirklichkeit“. Wer aber nahe bei den Menschen ist und sich an der Wirklichkeit orientiert, der weiß: Mehrheitsfähig ist die CDU nur als Partei der Mitte. Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir in Nordrhein-Westfalen haben diesbezüglich eine gute Tradition.

Die CDU muss auch im Zeitalter der Globalisierung die Partei der Mitte bleiben. Wer in diesen Tagen meint, die CDU müsse sich entscheiden zwischen Modernisierung und sozialer Reparatur oder zwischen konservativen Werten und globaler

Mobilität, der hat nach meiner Auffassung die Aufgaben, die vor uns liegen, nicht verstanden. Ein Unternehmen besteht eben nicht nur aus Vorstandsvorsitzenden und Aktionären, sondern auch aus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Nur zusammen kann es einen wirtschaftlichen Erfolg geben.

Deshalb muss die CDU Brücken bauen zwischen Markt und Menschlichkeit, zwischen Globalisierung und Heimat. Wer weiß, dass beim Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft Veränderungen notwendig sind – das ist unbezweifelbar –, der muss eben die Menschen mitnehmen, wenn er Zukunft gestalten will. Deshalb sagen wir in diesem Landtagswahlkampf auf unseren Plakaten: „Zukunft geht auch menschlich“.

Wir nehmen deshalb die Angst der Menschen hier im Land vor den großen Fusionen, vor der Globalisierung und vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze ernst. Clement hat 1998 versprochen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Daran will er sich messen las-

Die CDU im Westen ist die Kommunalpartei in Nordrhein-Westfalen. Das macht uns optimistisch für die Landtagswahlen. Die letzten Wochen und Monate waren für uns natürlich sehr schwierig. Wir haben verdammt viel einstecken müssen. In den Umfragen sind wir durch die Spendenaffäre auf bis zu 32 Prozent abgesackt. Jetzt geht es aber wieder aufwärts. Am Samstag

Grußwort des Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU

hat die Forschungsgruppe Wahlen als zweites Institut eine Umfrage vorgelegt, die uns wieder bei 38 Prozent sieht. Das ist besser als unser letztes Landtagswahlergebnis. Wir erwarten jetzt von diesem Parteitag einen Schub, damit es weiter nach vorne geht im Landtagswahlkampf.

Liebe Freunde, die CDU Nordrhein-Westfalen hat ihre Politik unter zwei

sen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen über 800 000 Arbeitslose. Seitdem er dieses Versprechen gegeben hat, ist die Arbeitslosigkeit um 15 000 gesunken. Wenn der so weitermacht, dauert es noch ein halbes Jahrhundert. So lange haben die Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen keine Zeit, zu warten.

Wir sagen deshalb: Die Unternehmensteuerreform darf eben in erster Linie nicht Großfusionen fördern, sondern sie muss vor allen Dingen kleine und mittlere Unternehmen entlasten; denn dort entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft.

Deshalb treten wir für mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung ein.

Als ich im Jahr 1996 die Aktion „Schulen ans Netz“ gestartet habe, wusste Bundeskanzler Schröder offensichtlich noch gar nicht, was ein Computer ist; denn sonst hätte er als Ministerpräsident niemals einen ganzen Informatikstudiengang einstampfen lassen, mit der Begründung, es gebe zu viele Informatiker in Deutschland.

Liebe Freunde, im Vergleich zu Gerhard Schröder ist Boris Becker ein richtiger Computerexperte; denn der ist wenigstens schon drin; der Schröder ist immer nur drüber.

Deshalb ist es gut, dass in der Essener Erklärung, über die wir auf diesem Parteitag beraten, geschrieben steht:

Statt als scheinbares Patentrezept ausländische Arbeitnehmer für den IT-Bereich nach Deutschland zu holen, müssen in erster Linie unsere Jugendlichen in Deutschland für die Zukunft fit gemacht werden.

Das ist richtig! Es ist gut, dass wir das so klar sagen. Seitdem wir diese Debatte führen, steht das Thema „Bildung und Ausbildung“ im Mittelpunkt. Die Menschen wissen, wie schlimm es um das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen be-

stellt ist. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen nicht hinnehmen, dass wir die größten Klassen haben, dass wir den meisten Unterrichtsausfall haben und dass wir zu wenige Lehrer haben. Wir wollen, dass jedes Kind in Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen Ländern, wo die CDU regiert, seine Chance bekommt, unabhängig davon, ob seine Eltern arm oder reich sind oder ob es in einer Universitätsstadt oder auf dem Land geboren ist. Dafür treten wir ein! Das wollen wir verändern!

Liebe Freunde, die SPD in Nordrhein-Westfalen ist ablösungsreif. Sie weiß es. Sie haben jetzt sogar den alten Sozialistengruß, nämlich die erhobene Faust – sie alle kennen sie –, inzwischen abgeschafft, weil die geballte Faust nicht mehr möglich ist; denn die SPD hat in Nordrhein-Westfalen überall ihre Finger drin.

Mit einer unglaublichen Arroganz haben die Genossen auf ihre Plakate geschrieben: „Manche Dinge müssen einfach rot bleiben!“ Sie meinen natürlich im Kern damit das Land Nordrhein-Westfalen. Dabei gibt es manche Dinge in der SPD, angesichts derer die Genossen erst einmal rot werden müssten, zum Beispiel: Schleußer fliegt, ohne rot zu werden; Müntefering lügt, ohne rot zu werden; Hombach manipuliert, ohne rot zu werden; Neuber schmiert, ohne rot zu werden; Clement spekuliert, ohne rot zu werden. Das ist dann der rote Filz und die Vetternwirtschaft, die wir am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen ablösen wollen.

Wir wollen endlich Kompetenz statt Klüngel, Fairness statt Filz und Fortschritt statt Freiflüge mit der WestLB.

Liebe Freunde, Nordrhein-Westfalen ist ein wunderschönes Land. Ich habe eine herzliche Bitte: Helfen Sie uns, damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen neuen Anfang und eine gute Zukunft bekommen. – Glück auf und herzlich willkommen bei uns in Nordrhein-Westfalen.



Wolfgang Schäuble: Die Union wird gebraucht – als starke Opposition und als zukunftsfähige Alternative. Das haben in diesen furchtbaren Wochen sogar viele gespürt, die gar nicht unbedingt zu unseren Anhängern gehören. Darin, liebe Freunde, liegt eine Chance, und darin liegt unsere Aufgabe. Diese Aufgabe ist größer und wichtiger als jeder Einzelne. Es geht ja nicht nur um die Union – wir sind kein Selbstzweck –, sondern es geht um den Beitrag, den diese Union für die Zukunft unseres Landes, für die Menschen zu leisten hat.

Wolfgang Schäuble:

Der Neuanfang muss gelingen – hier und heute

Unsere Zeit ist schnellebig, habe ich vor einem Jahr auf unserem Parteitag in Erfurt gesagt. Damals flog die NATO Luftangriffe im Kosovo-Krieg. Wir, die Union, hatten uns ein gutes halbes Jahr nach der Wahlniederlage im September 1998 in der Oppositionsrolle gerade ganz gut zurechtgefunden: Die regelmäßige doppelte Staatsbürgerschaft war verhindert und die erste Landtagswahl in Hessen schon gewonnen. Rot-grünes Chaos und Substanzlosigkeit waren offenbar bewornden und Lafontaine war schon davongelaufen.

Wir haben die Erfurter Leitsätze beraten und verabschiedet, unser Arbeitsprogramm für vier Jahre Opposition, und unser europapolitisches Programm, mit dem wir dann im Juni gemeinsam mit der CSU bei der Europawahl die absolute Mehrheit gewannen. Für den Dezember haben wir einen kleinen Parteitag zur Familienpolitik verabredet und für diesen April den Bundesparteitag zur Bildungspolitik. Weil die finanzielle Situation die Bundespartei zu äußerster Sparsamkeit zwingt, haben wir im Herbst beschlossen, die in diesem Jahr fälligen Vorstandswahlen mit diesem Parteitag zu verbinden.

Dazwischen haben wir Wahlen gewonnen: die Europawahl, Landtags- und Kommunalwahlen – teilweise fast erdrutschartig, jedenfalls schön und erfolgreich. Die CDU ist an allen Landesregierungen, die aufgrund der Wahlen im vergangenen Jahr neu gebildet wurden, maßgeblich beteiligt: In Hessen haben wir eine rot-grüne Koalition durch eine CDU/FDP-Regierung abgelöst. In Berlin, Brandenburg und Bremen – alle

einst SPD-Hochburgen – gibt es große Koalitionen, und im Saarland, in Sachsen und in Thüringen regieren wir alleine.

Bei der Europawahl haben CDU und CSU die absolute Mehrheit der deutschen Mandate gewonnen, und bei allen Kommunalwahlen – es gab im vergangenen Jahr eine ganze Menge davon – haben wir kräftig zugelegt. In Nordrhein-Westfalen haben wir landesweit 50,3 Prozent der Stimmen

Bericht des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble

erhalten – Jürgen Rüttgers hat schon darauf hingewiesen –, die roten Rathäuser und Landratsämter sind weitgehend geräumt – eine gute Ausgangsposition, um am 14. Mai den roten Filz in Nordrhein-Westfalen zu beseitigen.

Als ich am 7. November 1998 auf unserem Parteitag in Bonn ankündigte, wir wollten 1999 alle Wahlen gewinnen, hat das kaum einer für möglich gehalten. Liebe Freunde, es ist Wirklichkeit geworden. Auch bei der Bundespräsidentenwahl haben wir mit unserer Kandidatin Ehre eingelegt. Ich will mich bei Dagmar Schipanski noch einmal herzlich bedanken. Sie hat mit ihrer Kandidatur der demokratischen Kultur unseres Landes einen großartigen Dienst erwiesen.

Dann, liebe Freunde, kam die Krise – unvermittelt, wie der Blitz aus heiterem Himmel, und er hat kräftig eingeschlagen. Kein Blick zurück im Zorn, aber Lehren müssen wir ziehen – und wir haben sie gezogen. Wir haben aus eigener Kraft aufge-

klärt, was nicht in Ordnung war. Es hat wehgetan und die Partei als Ganzes wie auch viele Einzelne manchmal fast zerrissen, aber es musste sein. Wir haben viel Vertrauen verloren und beschädigt. Und wenn wir das zurückgewinnen wollen, ist der Mut zur Wahrheit die erste und unerlässliche Voraussetzung.

Gesetze gelten für alle. Es ist gegen das Parteiengesetz und, wie der Bundesvorstand formuliert hat, gegen Grundsätze innerparteilicher Transparenz und Demokratie verstoßen worden. In einer Größenordnung von 10 Millionen DM können unsere Wirtschaftsprüfer nicht mehr aufklären, woher das Geld kam und wie es wofür ausgegeben wurde. Das darf sich nicht wiederholen.

Deshalb haben wir Roman Herzog, Paul Kirchhof und Hans Tietmeyer gebeten, uns Ratschläge zu geben, wie derlei in der Zukunft ausgeschlossen werden kann. Ich will mich für diesen Beitrag noch einmal bedanken. Es war nicht selbstverständlich, dass sich uns drei so herausragende Persönlichkeiten in dieser aufgeregten Zeit zur Verfügung gestellt haben.

Wir werden auf diesem Parteitag heute diese Vorschläge umsetzen müssen. Dabei liegt mir an der Feststellung – und das gehört ja auch zu einem Rechenschaftsbericht –, dass für die Zeit, für die der von mir geführte Bundesvorstand Verantwortung trägt, nicht die geringsten Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit unseres Finanzwesens aufgekommen sind. Und sparsam gewirtschaftet haben wir auch im vergangenen Jahr, wie der Rechenschaftsbericht von Matthias Wissmann ausweist.

Die Krise verschärft unsere finanziellen Probleme. Auch darüber ist auf diesem Parteitag zu beraten. Liebe Freunde, auch das ist nicht leicht. Manchmal habe ich in den Diskussionen den Satz gehört, die Bundespartei solle ihre Probleme selbst lösen;

Orts-, Kreis- und Landesverbände hätten damit nichts zu tun. So geht das nicht. Wer, liebe Freunde, ist die Bundespartei? Jeder von uns ist Mitglied in einem Ortsverband, in einem Kreisverband, in einem Landesverband, und nur wir alle zusammen sind auch die Bundespartei.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Der Bundesvorstand legt diesem Parteitag einen Antrag vor, wie wir unser jährliches Defizit von 16,5 Millionen DM abtragen können. Äußerste Sparsamkeit: 9 Millionen DM Einsparungen; das wird von der künftigen Parteiführung gewaltige Anstrengungen erfordern. 7,5 Millionen DM Verbesserung der Einnahmen durch die Solidarität der Gesamtpartei! Matthias Wissmann wird das im Einzelnen erläutern. Ich bitte schon jetzt ganz herzlich um diese große Anstrengung, damit die Partei unter der neuen Führung handlungs- und kampagnefähig bleibt.

Liebe Freunde, solche Affären haben es in unserer durch Medien stark geprägten Wirklichkeit an sich, dass andere politische Themen zeitweilig kaum noch wahrgenommen werden. Das mag unverhältnismäßig sein, aber es ist so. Die rot-grüne Bundesregierung konnte über Wochen fast tun und lassen, was sie wollte; meistens beschränkt sie sich inzwischen ja aufs Lassen. Auch deshalb musste ein Schnitt gemacht werden, muss ein Neuanfang gewagt werden. Die Union wird gebraucht – als starke Opposition und als zukunftsfähige Alternative.

Das haben in diesen furchtbaren Wochen sogar viele gespürt, die gar nicht unbedingt zu unseren Anhängern gehören. Darin, liebe Freunde, liegt eine Chance, und darin liegt unsere Aufgabe. Diese Aufgabe ist größer und wichtiger als jeder Einzelne. Es geht ja nicht nur um die Union – wir sind kein Selbstzweck –, sondern es

geht um den Beitrag, den diese Union für die Zukunft unseres Landes, für die Menschen zu leisten hat.

Wir haben das halbe Jahrhundert seit dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mitgeprägt – von Westintegration, europäischer Einigung und sozialer Marktwirtschaft bis zur Wiedervereinigung. Die Union als auf Werte gegründete große Volkspartei der Mitte, diese Union ist die eigentliche Innovation im Parteiensystem nach den Katastrophen von Diktatur und Krieg, und diese Union hat die besten Voraussetzungen, um auch im neuen Jahrhundert mit seinen rasanten Veränderungen, mit seinen Herausforderungen und Chancen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in menschengerechte Politik umzusetzen – Schritt für Schritt, zielgerichtet, pragmatisch und konkret. Wir sind dabei, diese Chance zu nutzen.

Die Art, wie wir überall im Lande in Regionalkonferenzen und in jedem Ortsverband offen über Probleme und Neuanfang diskutiert haben, signalisiert einen neuen Aufbruch. Die Zeit der Hinterzimmer und der Strippenzieher geht zu Ende.

Unsere Basis, unsere Mitglieder in den Orts- und Kreisverbänden haben standgehalten. Wieviel Kraft in dieser großartigen Partei steckt, das haben gerade die zurückliegenden Monate bewiesen. Der Wahlkampf unserer Freunde in Schleswig-Holstein steht dafür. Auch wenn der sichere Sieg, der Schleswig-Holstein die verdiente und dringend benötigte bessere Regierung gebracht hätte, durch die Krise unmöglich wurde: Wie unsere Freunde in dieser Zeit in Schleswig-Holstein gestanden und gekämpft haben mit Volker Rühle, das verdient Dank und Respekt.

Diese Haltung unserer Mitglieder, der Aktiven in den Orts- und Kreisverbänden, verlangt Loyalität. Loyalität ist ja keine Einbahnstraße. Eine gemeinsame Sache verpflichtet; demokratische Mehrheitsent-

scheidungen zu Personen und Inhalten, das bindet uns alle, jeden. Wenn Führung auf undemokratische Mittel verzichten soll, braucht sie Unterstützung auf der Grundlage von Wahlen und Abstimmungen. Das ist Loyalität. Der Gegensatz heißt Abhängigkeit, Seilschaften, Druck oder Intrige. Aber Loyalität heißt auch Verpflichtung der Führenden auf die gemeinsame Sache. Ich habe versucht, meinen Beitrag zu leisten.

Nach der verlorenen Bundestagswahl hieß die Aufgabe, die Union in der Opposition zusammenzuhalten, nicht in Resignation zu verharren oder sich in Flügelkämpfen zu verlieren. Nur eine starke Union kann ihren Auftrag erfüllen. Dazu muss die Union ihre Bandbreite und ihre Integrationskraft zur Mitte hin wahren. Liebe Freunde, andere europäische Länder zeigen, wie leicht das auch verspielt werden kann.

Wir haben das 1999 geschafft, und darauf bin ich stolz. Viele haben mitgeholfen, und ich schulde vielen Dank. Angela Merkel war eine gute Generalsekretärin.

Die Mitarbeiter des Adenauer-Hauses mit Willi Hausmann an der Spitze haben unendlich viel Arbeit geleistet – bei den Programmdiskussionen, in den zahllosen Wahlkämpfen und Kampagnen und in den Turbulenzen der letzten Monate.

Präsidium und Bundesvorstand sind in diesen Monaten mehr und mehr zu einem offen diskutierenden Team geworden; das war eine gute Erfahrung. Und unsere Schwesterpartei CSU mit Edmund Stoiber und Michael Glos an der Spitze hat sich gerade in schwieriger Zeit als verlässlicher Partner erwiesen; auch dafür danke ich.

Jetzt muss der Neuanfang sein. Ich wusste es schon im Januar. Es fällt nicht leicht. Aber wenn Loyalität keine Einbahnstraße ist, dann muss sich gerade in schwieriger Zeit jeder fragen: Welchen Beitrag muss ich leisten, damit wir gemeinsam das Be-

ste erreichen? Und dass wir auf dem richtigen Weg sind, dafür sprechen die letzten Wochen und die Reaktion der Menschen auf unsere offenen Diskussionen. Wir sind noch nicht über dem Berg, und ich warne davor, schon wieder weitermachen zu wollen wie in alten Zeiten. Aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Die Union muss nicht neu erfunden werden. Wir können anknüpfen an die Erfolge der Vergangenheit und an die programmatische Erneuerung im vergangenen Jahr.

Aus Grundwerten und Überzeugungen, getragen von unserem vom christlichen Glauben geprägten Bild vom Menschen und menschlicher Ordnung, Antworten zu suchen für die moderne Welt, Risiken zu wehren und Chancen zu nutzen im neuen Jahrhundert, Brücken zu schlagen für alle, damit keiner ausgegrenzt wird und wir unserer Verantwortung für diese eine Welt, für kommende Generationen gerecht werden, das, liebe Freunde, ist die Alternative christlich-demokratischer Politik zu rot-grüner Beliebigkeit. Das steht in unserem Zukunftsprogramm und in den Erfurter Leitsätzen.

Die Millenniumsfeiern liegen ja erst ein paar Wochen zurück. Die Aussichten auf das neue Jahrhundert sind faszinierend, aber die Beschleunigung der Prozesse in der Wirtschaft wie in der Wissenschaft kann auch bedrücken. Kann der Mensch, kann menschliche Ordnung mit dem Tempo von Innovation und Veränderung mithalten? Jedenfalls brauchen wir Maß und Mitte - die geben uns Werte. Wir müssen Brücken bauen in die Zukunft, Brücken, die die Menschen in die Lage versetzen, Freiheit zu leben, Talente zu entfalten, Gemeinschaft zu stiften und Solidarität zu leben, in Frieden und Toleranz miteinander auszukommen. Weil die Zukunft offen und immer ungewiss ist, finden wir Fundamente in den Grunderfahrungen des zu Ende gegangenen Jahrhunderts.

Die erste dieser Grunderfahrungen war die des Krieges. Kein Zeitalter zuvor hat so große und schreckliche Kriege geführt. Für uns war die europäische Einigung die zentrale Antwort auf die Gewaltexplosionen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Der Weiterbau der Europäischen Union bleibt eine Frage von Krieg und Frieden.

Die Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa hatten ja nicht nur die Bedingungen geschaffen, zukünftig selbst „in der Wahrheit zu leben“, wie Vaclav Havel es gesagt hat, sondern auch dafür, nun gemeinsam unser gesamteuropäisches Haus zu bewohnen. Der Balkan, liebe Freunde, ist Menetekel, wie es nicht werden darf.

Es kommt jetzt darauf an, die Entscheidungsstrukturen in der Europäischen Union zu reformieren, die Ebenen der Verantwortlichkeit gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zu ordnen und neben der Vertiefung die Voraussetzungen für die Erweiterung zu schaffen. Dazu gehört auch eine Stärkung des europäischen Arms kollektiver Sicherheit, ohne unsere transatlantische Partnerschaft zu vernachlässigen, ja gerade um sie zu stärken. Aber das darf man nicht nur in Helsinki ankündigen, das muss man zu Hause auch machen, bei der Strukturreform der Bundeswehr wie bei der Finanzausstattung. Da ist Fehlanzeige bei Rot-Grün.

Wir müssen künftig viel stärker Krisenprävention betreiben, um sich anbahnende Konflikte mit friedlichen Mitteln auf den Weg einer Einigung oder eines Kompromisses zu bringen. Die Globalisierung führt nicht nur zu neuem Wohlstand und schrankenloser Kommunikation, sondern sie führt eben auch zu weltweiter Verantwortung. Das führt dazu, die Geltung von Menschenrechten bei anderen Staaten und Völkern zu fördern, nicht schulmeisterlich, sondern mit der Macht der Überzeugung und der Anpassung der Menschenrechte an

unterschiedliche Traditionen und kulturelle Ausprägungen. Vielleicht erreichen wir ja, dass sich die Menschen zunehmend auch als Weltbürger im Kantschen Sinn verstehen und sich auf Grundzüge eines gemeinsamen Weltethos verständigen.

Wenn dieses 21. Jahrhundert von Kriegen der Staaten, vom Krieg der Kulturen verschont bleiben soll, dann ist die Sicherung und Gestaltung des Friedens durch Verständnis und Verständigung zwischen Bürgern und Völkern zentrale Aufgabe.

Und wenn dann die Weltbevölkerung von jetzt 6 Milliarden Menschen und bald 10 Milliarden und mehr die Ressourcen nicht erschöpfen und die Umweltbelastungen tragbar halten und nicht zu wenig berechenbaren Explosionen zwischen Arm und Reich führen soll, dann, liebe Freunde, müssen wir Brücken bauen für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt. Auch das heißt Globalisierung, Globalisierung von Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten. Die soziale Marktwirtschaft ist die gerechteste und effizienteste Ordnung. Sie ist von Nutzen für die eine Welt, auch in ihrer ökologischen Dimension, um allen eine Chance auf Teilhabe zu bieten. Das ist unser Weg im 21. Jahrhundert, bei WTO-Verhandlungen, bei Klimaschutzkonferenzen, in der Stärkung der Vereinten Nationen genauso wie etwa der Nicht-Regierungs-Organisationen in der Entwicklungspolitik. Die Neue Soziale Marktwirtschaft muss die Prinzipien von wirtschaftlicher Effizienz, sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in globalen Dimensionen wie im globalen Wettbewerb sichern.

Das 20. Jahrhundert war auch ein Jahrhundert der Ideologien, deshalb ist es vielleicht die größte Herausforderung für dieses 21. Jahrhundert, dass die Menschen lernen, ungeachtet der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse den Versuchungen des

Absoluten nicht wieder – in keiner Weise – nachzugeben. Also geht es darum, konsequent für die „offene Gesellschaft“ – wie es Karl Popper genannt hat – einzutreten.

Das, liebe Freunde, kann nur eine lernende Gesellschaft sein, die sich immer wieder bemüht, ihren freiheitlichen Grundkonsens zu erneuern und auf die ständig neuen Herausforderungen mit Vernunft und Sachangemessenheit zu reagieren. Freiheit und Demokratie – das zeigt sich – braucht wirklich starke Bürger – Bürger, die mit der Einsicht umgehen können, dass sie es nicht besser wissen als andere, die aber gerade darum das Gespräch, die Diskussion suchen und für grundsätzliche Offenheit des Politischen eintreten. Deshalb kommt es auf die Stärkung der Demokratie an, und deshalb müssen wir nachdenken, wie wir unsere Demokratie zukunftstauglich halten. Dazu gehört, dass wir unsere Ansprüche an das Gemeinwesen überprüfen. In den letzten Jahrzehnten hat sich immer mehr die Haltung entwickelt, Leistungen zu aller erst vom Staat zu erwarten und zu fordern. Angesichts engerer finanzieller Spielräume werden wir uns das so nicht länger leisten können.

Es ist auch gar nicht sinnvoll, weil dadurch die Kräfte des Einzelnen und der Gesellschaft unterfordert werden. Der umgekehrte Weg ist richtig. Was kann der Einzelne leisten, was die verschiedenen Gemeinschaften, was die Allgemeinheit? Dies erst führt dazu, dass die Bürger ihre eigenen, oft brachliegenden Potenzen entfalten. Starke Bürger können sich in ihren Ansprüchen bescheiden, weil sie um ihre eigenen Kräfte und Möglichkeiten wissen und diese auch einsetzen. Rot-Grün versteht davon nichts.

Deshalb, liebe Freunde, ist die Staatsquote im vergangenen Jahr auch wieder angestiegen, gegen alles Gerede von den großen Sparpaketen. Zur Zukunftstauglichkeit gehört die Klärung, welcher Ebene

unserer föderalen, bundesstaatlichen Ordnung wir welche Entscheidungskompetenz zuordnen. Verantwortungen müssen klarer zugeschrieben werden. Der Staat muss wieder überschaubar werden. Wer weiß denn heute noch, wer oder welche Institution für bestimmte Dinge zuständig ist? Wer trägt die Verantwortung in einem nicht mehr zu durchschauenden Wirrwarr der Regelungen? Wo die Verantwortung nicht definiert ist, kann man auch von den Bürgern nicht erwarten, dass sie die Verantwortung selbst übernehmen.

Wenn wir im Grundsatz am Prinzip der Solidarität zwischen den Ländern und im Bund-Länder-Finanzausgleich festhalten, können wir auch mehr Wettbewerbselemente zwischen den Ländern einführen. Das kann innovativ sein. Vor allem aber müssen wir die kleinen Einheiten stärken, die Kommunen. Sie brauchen mehr Handlungsvollmachten, mehr Dispositionsfreiheiten und Gestaltungsräume.

Das gilt nicht nur für den Bereich der Erneuerung der Verwaltung nach den Kriterien von Effizienz, Effektivität und „Kundennähe“. Eine bürgerorientierte Gemeinde bietet ihren Mitgliedern ein breites Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich der Planung, der Schulen, der sozialen Einrichtungen. Es gibt viele Gemeinden, die sich in Deutschland – auch anderswo in Europa und auf anderen Kontinenten – auf diesen Weg gemacht haben. Wir haben vor einem Jahr in Erfurt darüber gesprochen und Beispiele vorgestellt. Wer sich einmal anschaut, was da alles geleistet wird, der wird erstaunt sein, was sich alles an Reform- und Erneuerungspotenzialen jenseits zentralstaatlicher Regelungen bildet. Das hat Zukunft. Subsidiarität auf diese Weise ernst genommen, wird nicht nur einen höheren Grad an Freiheit und Mitbestimmung bringen, sondern auch eine größere Verantwortungsübernahme und Zufriedenheit der Bürger. Deshalb, liebe Freunde, ist die Arbeit der

von Christa Thoben geleiteten Kommission, die sich damit beschäftigt, so wichtig.

Die soziale Frage ist eine dritte Grunderfahrung des 20. Jahrhunderts. Die Industrialisierung mit ihren neuen Produktionsformen hat im 19. Jahrhundert alte soziale Bindungen gelöst. Die gewohnten sozialen Versorgungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Alter zerbrachen. Wachsendem Reichtum stand zunehmend Verarmung, Verelendung gegenüber. Diesen großen Widerspruch hat das 20. Jahrhundert gelöst, durch die neuen Systeme der sozialen Sicherheit, durch Mitbestimmung und soziale Teilhabe. Der Sozialstaat ist Ausdruck von Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Bereitschaft zu teilen brauchen wir auch in Zukunft. Doch wir wissen auch, dass der Sozialstaat umgebaut werden muss. Wir stoßen an finanzielle Grenzen. Die demographische Entwicklung erfordert Korrekturen. Die moderne Arbeitsgesellschaft wandelt sich. Flexibilität in den Arbeitszeiten, häufigere Berufswechsel, erzwungene und freiwillige Auszeiten – von der Arbeitslosigkeit bis zum Sabbatjahr –, vermehrter Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung. Der Wandel der Arbeitswelt erfordert den Wandel des Sozialstaats. Unser Sozialstaat wird zukunftsfähig nur dann, wenn er eine größere Flexibilität in den Strukturen besitzt und eine Vielfalt von Lösungen aufweist. Das bedeutet: mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Freiräume, fließende Übergänge zwischen sozialer Sicherheit und Arbeitswelt. Wir werden nicht umhin kommen, uns wieder neu zu verständigen über Quantität und Qualität der sozialen Güter und auch darüber, was gemeinschaftlich und was individuell zu tragen ist, welche Bereiche individueller Vorsorge und welche solidarischer Fürsorge obliegen sollen.

Deswegen haben wir Christian Wulff gebeten, mit der Kommission „Sozialstaat 21“ für ein neues Denken zu wirken – ein Denken, das weniger auf Absicherung als auf Ermöglichung, auf Chancen zielt, ein Denken, das auf Brückenbauen gerichtet ist.

● Sozialhilfe zu zahlen ist richtig; aber vorausschauend ist, Möglichkeiten neuer Beschäftigung zu suchen.

● Familien finanziell zu unterstützen ist wichtig, vorausschauend ist, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen und die Akzeptanz für Kinder und Familie in unserer Gesellschaft zu fördern.

● Arbeitslosengeld zu zahlen ist notwendig; auf Dauer sinnvoller ist, Arbeitslose fit zu machen für neue Tätigkeitsfelder.

● Den Anspruch der älteren Mitbürger auf eine solide Rente zu sichern ist grundlegender Bestandteil der Generationensolidarität; aber sie stärker in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen und den dritten Lebensabschnitt als Zeit aktiver Teilhabe und Engagements zu begreifen – nicht zuletzt im Ehrenamt – ist eine Chance für die ganze Gesellschaft.

Das ist fairer Ausgleich und Miteinander der Generationen – und dafür bauen wir Brücken.

Die alte soziale Frage bestand darin, Ausbeutung von Menschen zu verhindern. Die gefundenen Lösungen bleiben gültig, von den sozialen Sicherungssystemen über die betriebliche Mitbestimmung bis zum Vermögen in Arbeitnehmerhand. Aber zukunftsfähig werden nur, wenn wir ein neues Verhältnis von Freiheit und Solidarität, von Leistung und Fürsorge, von staatlicher Regelung und subsidiärer Verantwortung finden. Die neue soziale Frage, das ist vor allem „Arbeit für alle“, Teilhabe. Jeder wird gebraucht, keiner darf ausgegrenzt werden. Bei Ludwig Erhard war das noch „Wohlstand für alle“ – das bleibt wichtig –, aber dringender noch ist heute Beschäfti-

gung für alle, und das wird die Neue Soziale Marktwirtschaft leisten müssen. Neue Beschäftigungsfelder, vor allem Dienstleistungen, differenzierte Entgeltstrukturen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bessere Übergänge zwischen Arbeits- und Transfereinkommen, Kombilohn, Zusammenlegung und Dezentralisierung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – so, liebe Freunde, bauen wir Brücken für faire Chancen auf Arbeit.

Wissenschaft und Technik – auch das gehört zu den grundlegenden Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts – bestimmen in einem früher nicht gekannten Ausmaß unser Leben. Wissenschaftliche Dynamik und technische Umsetzung haben zu beständig schnellem Wandel in unserer Gesellschaft geführt. Aber wir können heute nicht mehr den unbegrenzten Fortschritts-optimismus früherer Jahrhunderte teilen. Nicht erst seit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki wissen wir auch um die negativen Seiten technischen Fortschritts. Von den verheerenden Material- und Vernichtungsschlachten der Weltkriege bis zu den ökologischen Folgen unserer Produktionsweisen spannt sich ein weiter Bogen. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt wird ambivalent empfunden. Und doch haben Wissenschaft und Technik in einem ungeheureren Maß die Lebensmöglichkeiten erweitert. Sie haben einen Wohlstand für breite Schichten ermöglicht, der früheren Armutsgesellschaften wie ein Paradies erschienen wäre, und sie haben in vielfältiger Weise die Mühsal und Plackerei des Lebens erleichtert.

Angesichts der rasanten Vermehrung von Wissen und Informationen und der umwälzenden Fortschritte in den Naturwissenschaften, in der Kommunikationstechnologie, der Medizin reicht eine Haltung traditioneller Wissensaneignung nicht mehr aus. Unser Leitbild ist die lernende Gesellschaft, nicht nur im Verzicht auf

allmächtige Besserwisseri, sondern auch in der Fähigkeit, Neues aufzunehmen, und in der Fähigkeit, Information aufzusuchen, zu verwerten, zu filtern und kreativ zu vernetzen.

Auch dieser Trend, liebe Freunde, kann manchen engrenzen. Um das zu verhindern, wollen wir Brücken bauen für faire Teilhabe an Wissen. Deshalb müssen wir unser Bildungs- und Ausbildungssystem reformieren. Das hat Annette Schavan für diesen Parteitag vorbereitet, mit dem wir diese breite Debatte in der Partei für den Rest des Jahres starten wollen. Wir brauchen eine Revision der Lerninhalte. Wir brauchen Schulen, in denen die Arbeit mit moderner Technik selbstverständlich ist, Universitäten, die auf die neuen Anforderungen von Wissenschaft und Wirtschaft ausgerichtet sind. Auch hier wollen wir mehr Eigenständigkeit der kleinen Gemeinschaft – der Schulen und Hochschulen, der Universitäten und Bildungseinrichtungen. Mehr Wettbewerb zwischen verschiedenen Schulen und Hochschulen wird alte Verkrustungen aufbrechen.

Das erfordert auch neue Finanzierungssysteme. Wir wollen Begabungen stärker fördern, also stärker differenzieren. Unser Ziel ist eine lernende Gesellschaft, an der alle teilhaben können, in der jeder Chancen besitzt, jeder seinen Platz und sein Auskommen findet. Jeder soll seine Begabungen und Talente entfalten, jeder das Beste aus sich machen können. Schwächere wie Leistungsstärkere sollen auf die ihnen gemäße Weise gefördert werden. Aber sie sollen auch mehr gefordert werden.

Eliten haben mehr Verpflichtung als Privileg, werden aber gebraucht.

Und die Familie, liebe Freunde, ist und bleibt der erste und wichtigste Ort für die Ausbildung und Einübung von Werthaltungen und Überzeugungen.

Kinder und Jugendliche brauchen ein zu Hause. Sie brauchen Liebe und Zuwen-

dung, sie brauchen Vorbilder und Orientierungsmöglichkeit. So können sie die Werte ausbilden, die sie brauchen, um selbstständig zu urteilen und zu entscheiden, um Verantwortung für sich selbst und für andere zu entwickeln. Deswegen stand die Familienpolitik am Anfang unserer inhaltlichen Arbeit in dieser Periode; Angela Merkel war federführend. Der Mensch in seiner Freiheit, Würde und Verantwortlichkeit ist auf Gemeinschaft angewiesen, und deshalb bleibt die Familie von zentraler Bedeutung. Natürlich verändern sich Lebensstile, Einstellungen, Sozialstrukturen. Die Wirklichkeit muss man zur Kenntnis nehmen, man muss für diese Wirklichkeit taugliche Antworten geben. Aber das ersetzt nicht die Familie, sondern stellt neue Aufgaben an Familienpolitik.

Dazu gehören faire Partnerschaften zwischen Mann und Frau, für die wir Brücken bauen – nicht erst seit heute, sondern schon auf dem Parteitag in Essen vor 15 Jahren; auch daran ist zu erinnern.

Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit durch bessere Rahmenbedingungen in Schule und Kindergarten, Weiterbildungsmöglichkeiten, Teilzeitarbeit, Ladenöffnungszeiten, Wahlfreiheit etwa auch durch bessere Berücksichtigung der Familien im Generationenvertrag der Alterssicherung, Förderung von Nachbarschaften, Netzwerken in Stadtplanung und Kommunalpolitik – um nur wenige Stichworte zu nennen.

Da ich an den Parteitag in Essen vor 15 Jahren erinnert habe, will ich hinzufügen: Uns ist oft vorgeworfen worden, wir hätten in den 16 Jahren, in denen wir Regierungsverantwortung getragen haben, die Familienpolitik vernachlässigt. Bei diesem ungerichten Urteil wird vergessen, dass wir die Einführung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung der

Frau überhaupt erst durchgesetzt haben, dass wir Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub eingeführt haben, dass wir die Pflegeversicherung eingeführt haben.

Natürlich sind die Aufgaben nicht zu Ende. Aber wir können an das anknüpfen, was wir geleistet haben.

1967 war der erste Mensch auf dem Mond. Das war bedeutsam, weil der Mensch den Schritt in das Weltall getan hat. Es ist aber auch bedeutsam, weil wir uns seitdem an das Bild von der blau-weißen Kugel als unsere Heimat gewöhnt haben. Das hat uns vielleicht mehr als vieles andere bewusst gemacht, dass wir eine Verantwortung tragen, die global geworden ist, und es hat uns die Endlichkeit unseres Planeten näher gebracht. Begrenztheit von Ressourcen und natürlichen Lebensgrundlagen, auch das hängt mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik zusammen, positiv wie negativ. Deshalb wollen wir Brücken bauen für einen fairen Ausgleich zwischen Mensch, Natur und Technik, regional etwa zwischen Verkehrsplanung und Landschaftsschutz oder Landwirtschaft und Naturschutz; aber auch global durch die Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Emissionen, durch Nachhaltigkeit, durch Verantwortung für kommende Generationen.

Auch die lernende Gesellschaft darf nicht dem Machbarkeitswahn verfallen. Der Mensch, liebe Freunde, darf nicht alles, was er kann. Je größer das Wissen scheint, umso mehr brauchen wir Ehrfurcht vor dem Leben.

Manchmal – bei den Meldungen der letzten Tage wieder – denke ich an die Geschichte vom Turmbau zu Babel. Ohne Grenzen, liebe Freunde, hält es der Mensch nicht aus, aber nicht Grenzen aus Mauer und Stacheldraht, sondern Grenzen aus freiheitlicher Verantwortung und Demut. Deshalb haben Werte bei uns Zukunft.

Der Staat kann nicht alles, er muss dem Bürger mehr Freiräume lassen. Mit noch mehr zentralistischer Bürokratie schafft man das nicht. Die Linken werden das nie lernen. Wann immer die ein Problem erkannt zu haben glauben, rufen sie gleich nach noch mehr Bürokratie und noch mehr Staat, am besten nach einer noch zentralistischeren Ebene. Beschäftigungspolitik durch die Europäische Union ist so ein Monstrum. Deswegen ist die Staatsquote unter Schröder wieder angewachsen.

Steuerentlastungen tun Not. Gut, dass das jetzt endlich auch Rot-Grün zu begreifen beginnt. Aber Steuerentlastungen nur für die Großunternehmen und nicht für den Mittelstand - das ist der falsche Weg.

Im Mittelstand entstehen die Arbeitsplätze und die kleinen und mittleren Unternehmen in Handwerk, Handel und Dienstleistungen aller Art, die Existenzgründer sind anpassungs- und innovationsfähig. Das ist unsere Stärke in Deutschland, auch und gerade in Zeiten der Globalisierung.

Ohne Eigenverantwortung bleibt unser Gesundheitssystem so wenig bezahlbar wie die Rente sicher. Man sieht ja, welchen Schaden die konzeptionslose Gesundheitspolitik dieser Bundesregierung anrichtet. Die zuständige Ministerin kann zwar manchmal noch herzlich lachen, aber die Patienten kaum noch.

Und erst die Rente! Erst hat man unseren richtigen Reformansatz zurückgenommen, wider besseres Wissen, dann hat der Kanzler versprochen, es bleibe bei der nettolohnbezogenen Renten Anpassung. Das ist gerade ein Jahr her, liebe Freunde. Drei Monate später hieß es „Kaufkraftausgleich“ und jetzt ist auch davon keine Rede mehr. So geht das nicht.

Gerade weil wir um Änderungen in der Alterssicherung nicht herumkommen, sind Ehrlichkeit und Verlässlichkeit die erste

Voraussetzung, um alle Generationen für eine zukunftssichernde Reform zu gewinnen. Deshalb haben wir der Regierung vorgeschlagen, das gemeinsam zu machen. Aber aus der Verantwortung für zukunfts-feste, tragfähige Lösungen kann die Regierung nicht entlassen werden. Wenn die Eigenvorsorge wichtiger wird, um den Lebensstandard im Alter zu sichern, dann brauchen die Menschen Zeit, um das aufzubauen. Kurzfristige Manipulationen und Trickereien schaden da nur. Es wird Zeit, langfristig klar die Weichen zu stellen.

Weniger Zentralismus und Bürokratie und mehr Subsidiarität, das gilt auch und vor allem für Europa. Wir wollen ein großes und starkes Europa, und die Union ist und bleibt die große Kraft der politischen Einigung Europas. Aber das erfordert mehr Substanz, als im vergangenen Jahr auf europäischen Gipfeln zustande kam. Wir haben schon vor einem Jahr gesagt, dass das Ergebnis des Berliner Gipfels, die so genannte Agenda 2000, nicht annähernd ausreicht, um die Europäische Union auf die Osterweiterung vorzubereiten. Inzwischen gibt das sogar die Bundesregierung zu. Aber in Helsinki hat man den Kreis der Beitrittskandidaten noch einmal erweitert und das Mandat für die Regierungskonferenz greift zu kurz. Ohne eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen Brüssel einerseits und den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen andererseits wird Europa scheitern, an finanzieller Überforderung und an zu viel zentralistischer Bürokratie.

Diese Probleme darf man nicht verschweigen. Nicht wer die Fragen und Schwierigkeiten benennt, gefährdet Europa, sondern wer darüber hinweg reden will. Man kann Europa nicht ohne und nicht gegen die Menschen bauen. Die Menschen müssen dieses Europa wollen, und sie werden es nur wollen, wenn sie es auch verstehen. Sie werden es nur verstehen, wenn Europa in seinen Strukturen überschaubar und

durchschaubar bleibt. Deshalb brauchen wir eine offene und breite Debatte über Grundlagen, Ziele und Grenzen europäischer Einigung. Wir, die Europaparteien CDU und CSU, wir müssen diese Diskussion einfordern, wir müssen sie vorantreiben, weil sonst die europäische Idee vor die Hunde geht.

Herr Schröder und sein grau gewordener Außenminister Fischer haben bisher nichts zustande gebracht außer großspurigen Ankündigungen und anschließendem bedauernden Schulterzucken, sie hätten sich leider nicht durchsetzen können. Die Wahrheit ist, dass sie gar nicht wissen, was sie eigentlich im Sinne einer guten europäischen Zukunft durchsetzen sollen.

Aufgaben, liebe Freunde, in Hülle und Fülle – das zeigt: Die Union wird gebraucht. Rot-Grün kann es schlecht und ohne Druck und Alternativen schon gar nicht.

Die vergangenen 18 Monate haben bewiesen: Niederlagen werfen die Union nicht um und Krisen auch nicht. Deshalb, liebe Freunde, muss der Neuanfang gelingen, hier und heute, auf unserem Parteitag in Essen. Ich habe viel Vertrauen und Unterstützung erfahren. Dafür danke ich, und ich wünsche der neuen Parteiführung am liebsten noch mehr. Was ich dazu beitragen kann, will und werde ich gerne tun.

Jeder an seinem Platz und alle gemeinsam, so werden wir Erfolg haben, am 14. Mai Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen und im kommenden März in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. So, liebe Freunde, können wir unseren Dienst für die Menschen und für die Zukunft unseres Landes leisten, und darum geht es: im neuen Jahrhundert für unser vereintes Deutschland, mitten im Leben und mitten in Europa.

(Lang anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Ministerpräsident Peter Müller:

Sie sind ein Brückenbauer in der Politik und für die Union

Lieber Wolfgang Schäuble! Ich bin mir sicher, dass ich im Namen des ganzen Parteitagesspreche, wenn ich mich bei Ihnen für alles, was Sie als Vorsitzender der CDU Deutschlands, aber auch darüber hinaus in unterschiedlichen Funktionen über viele Jahre für unsere gemeinsame politische Sache geleistet haben, ganz herzlich bedanke.

Um es klar und deutlich zu sagen: Dies sind keine Worte des Abschieds. Dies sind Worte der Dankbarkeit für Geleistetes, verbunden mit der Erwartung weiterer Zusammenarbeit in der Zukunft in veränderter Formation. Denn, lieber Wolfgang Schäuble: Sie haben in der Vergangenheit Enormes geleistet. Ihre Mitarbeit wird aber auch in der Zukunft gebraucht. Die CDU Deutschlands kann und will auf Ihre Hilfe nicht verzichten.

Sie haben unserer gemeinsamen politischen Sache und unserem Land in unterschiedlicher Weise gedient: Bundesinnenminister, Chef des Kanzleramtes, Architekt des Einigungsvertrages, Fraktionsvorsitzender im Bundestag und Parteivorsitzender der CDU Deutschlands. Dies sind nur einige Stichworte mit Blick auf die Aufgaben, die Sie in der Vergangenheit wahrgenommen haben.

Sie selbst haben die politische Arbeit einmal unter Rückgriff auf das Bild von Sisyphus beschrieben. Ich glaube, Sie waren ein solcher politischer Sisyphus, der den Stein unermüdlich immer wieder den Berg heraufgerollt hat. Die Partei hat von Ihnen vieles verlangt; die Partei hat sich Ihrer immer wieder bedient. Sie haben sich ihr nie verweigert. Sie haben dabei ungleich mehr

getragen und ungleich mehr ertragen als andere. Die Partei hat Ihnen viel, Sie selbst haben sich viel zugemutet. Sie haben damit Beispiel gegeben und Maßstäbe gesetzt.

Es ist sicher kein Zufall, dass Sie auch heute in Ihrer Rede wieder viel davon gesprochen haben, dass wir Brücken bauen müssen. Das war das Thema Ihrer Rede auf der Glienicker Brücke am 7. November des vergangenen Jahres. Sie sind ein Brückenbauer in der Politik, ein Brückenbauer für die Union.

Ihr Handeln hat sich an einer Maxime orientiert, die Gotthold Ephraim Lessing Nathan, den Weisen, so formulieren lässt: „Wie viel leichter ist es, andächtig zu schwärmen als gut zu handeln.“ Gutes zu tun, konsequent zu handeln, fest in den Grundsätzen und kompromissbereit im Detail zu sein, auch das hat Ihre Arbeit ausgezeichnet. Dadurch haben Sie Beispiel gegeben und Maßstab gesetzt.

Sie haben in der Stunde der Niederlage und in der Stunde der Niedergeschlagenheit nach der verlorenen Bundestagswahl vor anderthalb Jahren nicht resigniert. Im Gegenteil: Sie haben zusätzliche Verantwortung und den Parteivorsitz übernommen; Sie haben der Partei neuen Mut gegeben. Auf der Basis der Zuversicht, die Sie vermittelt haben, haben wir im Jahr 1999 eine beispiellose Reihe von Erfolgen bei Landtagswahlen, bei der Europawahl und bei den Kommunalwahlen erzielt. Es ist eben von Ihnen zu Recht angesprochen worden: Hessen, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Berlin und Bremen. Dass ich heute diese Worte des Dankes als saarlän-



discher Ministerpräsident zu Ihnen sprechen kann, das ist für einige Genossen im Saarland bis heute nicht verstehbar. Das ist aber gut für das Saarland, für die saarländische CDU und auch gut für die CDU Deutschlands. Diesen Erfolg haben Sie mit herbeigeführt.

Dann, lieber Wolfgang Schäuble, sind Sie in den Strudel einer Affäre gezogen worden, die von Ihnen weder verursacht noch verschuldet war und die die CDU in ihren Grundfesten erschüttert hat. Es mag sein, dass im Zuge dieser Affäre auch von Ihnen nicht alles richtig gemacht worden ist. Ich sage: Dies zu erwarten, heißt – mit Blick auf den Druck, unter dem Sie gestanden haben –, Unmenschliches zu erwarten.

Es ehrt Sie, dass Ihre Entscheidung, vor diesem Hintergrund heute nicht mehr als Bundesvorsitzender zu kandidieren, ausschließlich erfolgt, weil Sie dadurch einen Beitrag leisten wollten, die Union schnellst möglich aus der gegenwärtigen Krise zu führen. Dies verdient Respekt, Anerkennung und Dank.

Ich sage aber auch: Dies darf nicht dazu führen, dass wir in der Krise Ursache und Wirkung, Subjekt und Objekt miteinander verwechseln. Diese Abläufe geben Anlass, zu fragen: Wie ungerecht, wie gnadenlos darf Politik eigentlich sein? Mit Ihnen, lieber Wolfgang Schäuble, ist die Politik, sind in der Politik Handelnde, sind

publizistische Begleiter gnadenlos umgegangen. Was Ihnen widerfahren ist, ist ungerecht. Auch dies möchte ich heute deutlich feststellen.

Deshalb sage ich im Namen des Parteitag: Respekt für Ihre Entscheidung, Dank für Ihre Arbeit, aber auch die Bitte, diese Arbeit an anderer Stelle fortzusetzen. Die Partei dankt Ihnen. Wir sagen aber auch: Die Ära Wolfgang Schäuble ist in der Union nicht zu Ende.

Dank, lieber Wolfgang Schäuble, verlangt nach einem äußeren Zeichen der Anerkennung in Form eines Geschenkes. Wir haben nachgedacht, wie wir denn ein Geschenk finden können, dass die Notwendigkeit weiterer Präsenz dokumentiert. Um in den heutigen Tagen präsent zu sein, muss man online sein, das möglichst überall. Es gibt daher kein Bild und auch kein Buch. Wir möchten Ihnen vielmehr einen Laptop schenken.

Damit die Menschen Sie im Internet auch finden, haben wir schon einmal damit begonnen, den Speicher des Gerätes mit Leben zu erfüllen. Herzlich willkommen auf der Homepage von Wolfgang Schäuble:

www.wolfgang-schaeuble.de

Ich bin sicher, dass sich schon viele Zeitgenossen auf Ihren Auftritt im Netz freuen. Die ersten Grüße sind – ganz zufällig – schon eingetroffen, nämlich von Mark Wössner, Professor Dr. Richard Schröder und Bischof Karl Lehmann, wie Sie sehen können. Eines darf auf der Homepage von Wolfgang Schäuble nicht fehlen, nämlich ein kleiner Rückblick auf das vergangene Wahljahr 1999. Dies zeigt, wie erfolgreich die CDU unter dem Vorsitz von Wolfgang Schäuble war. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam in den kommenden Monaten und Jahren wieder so schöne Bilder wie in der Vergangenheit sehen können, Bilder, die Wolfgang Schäuble mit seiner Arbeit ermöglicht hat. Deshalb schließe ich und sage: Danke, Wolfgang Schäuble! ■

Matthias Wissmann:

Der umfassendste Sanierungsplan unserer Parteigeschichte

Sicher findet der Bericht des Bundesschatzmeisters aus gebotenen Anlass ein größeres Interesse als in früheren Jahren. Natürlich hängt das mit den schweren Fehlern der Vergangenheit und unseren erheblichen finanziellen Problemen zusammen.

Mein Bericht erstreckt sich zunächst auf den Zeitraum von November 1998 bis März 2000, also die Amtszeit der damals neu gewählten Parteiführung.

Nachdem ich die Aufgabe des Bundesschatzmeisters im November 1998 übernommen habe, habe ich zunächst einen Finanzstatus zum 31. Dezember 1998 bei unseren Wirtschaftsprüfern in Auftrag gegeben, um einen Überblick über die finanzielle Situation der Bundespartei über das Zahlenmaterial aus dem Rechenschaftsbericht hinaus zu gewinnen.

Mit Vorlage des Finanzberichts 1999 ist deutlich geworden, in welcher schwieriger finanzieller Situation sich die Bundespartei nach der verlorenen Bundestagswahl befand. Die Wirtschaftsprüfer hatten festgestellt, dass die Bundespartei einen rigorosen Sparkurs fahren muss, wenn 2002 die erforderlichen Gelder für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf zur Verfügung stehen sollen. Nicht erst aus den Offenbarungen über Fehler der Vergangenheit haben wir Finanzprobleme bekommen, sie waren bereits vorher da. Wir haben sie zum Teil über Jahre mitgeschleppt. Sie haben sich dadurch aber erheblich verschärft. Präsidium und Bundesvorstand sind 1999 über unsere Finanzlage umfassend informiert worden. Für die neue Parteiführung hatte daher die Einleitung eines Konsoli-

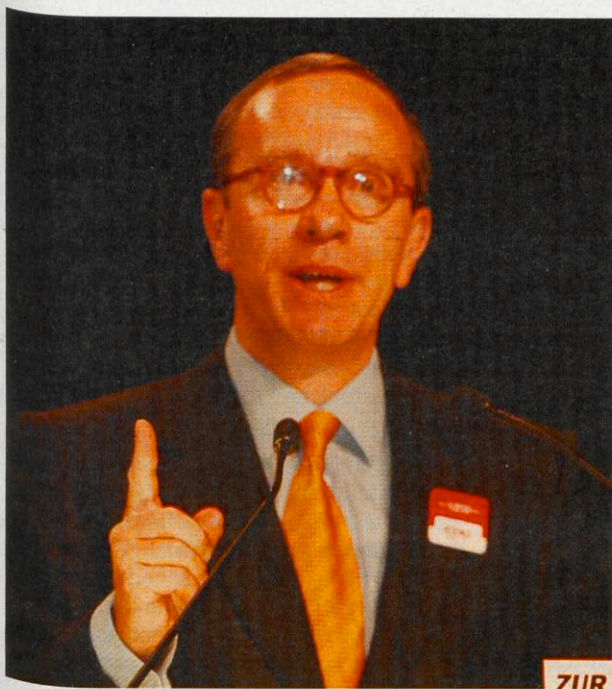
dierungsprozesses allererste Priorität. Ich nenne nur die wichtigsten Punkte: strikte Ausgabenbegrenzung beim Europawahlkampf, Absenkung des Etats der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1999, Ausschöpfung aller Kostenoptimierungen beim Neubau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin, soweit dies bei einem derart vorangeschrittenen Projekt noch möglich war, und

Bericht des Bundesschatzmeisters Matthias Wissmann, zugleich Einführung in die Anträge des Bundesvorstands der zu den Konsequenzen der Finanzaffäre:

- **Anträge auf Änderung des Satzungsrechts**
- **Anträge zur finanziellen Konsolidierung der Bundespartei**

schließlich Begrenzung der Zahl der Parteitage und massive Reduzierung aller anderen Kosten.

Meine Damen und Herren, in allen Bereichen konnten bereits 1999 Einsparungen in Millionenhöhe erreicht werden. Beim Europawahlkampf konnte zum Beispiel der Etatansatz um 1 Million DM unterschritten werden. Beim Neubau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin konnten rund 4 Millionen DM gespart werden. Die



Kosten für Parteitage 1999 und 2000 wurden erheblich gesenkt, bei diesem Parteitag gegenüber manchem früheren Parteitag in siebenstelliger Höhe.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wenn Sie an der einen oder anderen Stelle, vielleicht auch beim heutigen Abend feststellen, dass manches etwas sparsamer ausfällt, dann werden Sie das, glaube ich, sicher akzeptieren. Denn wir können nicht ein Sparprogramm verkünden, ohne bei uns selbst, beim Bundesparteitag, beim Bundesvorstand, beim Präsidium, bei der Bundesgeschäftsstelle, zu beginnen.

Der Rechenschaftsbericht 1998 ist mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt und fristgerecht beim Bundestagspräsidenten abgegeben worden. Mit Bekanntwerden der Unregelmäßigkeiten in den Finanzen der Bundespartei mussten entsprechende Nachbesserungen vorgenommen werden,

die im Rechenschaftsbericht vom 23. Dezember 1999 und im Vermerk vom 28. Januar 2000 erfasst sind. Diese Berichte sind in den Tagungsunterlagen enthalten.

Aufgrund der durch die Ereignisse hervorgerufenen schwierigen Situation sind vier Sachverhalte offenkundig geworden:

Erstens. Die Bundespartei schleppt seit Jahren ein strukturelles Defizit mit sich, das von unabhängigen Wirtschaftsprüfern auf eine Höhe von jetzt 16,5 Millionen DM pro Jahr beziffert wird.

Zweitens. Eine der wesentlichen Ursachen für dieses strukturelle Defizit liegt in den Schulden, die wir nach der Bundestagswahl in Höhe von über 25 Millionen DM

übernommen haben. Seit Mitte der 80er-Jahre hat sich dieses strukturelle Defizit Schritt für Schritt aufgebaut. Es ist in dieser Zeit unter anderem deswegen nicht klar zutage getreten, weil die CDU zweimal durch Sonderzahlungen aus der öffentlichen Kasse, nämlich 1990 und 1994, einmal wiedervereinigungsbedingt, einmal wegen Inkrafttretens eines neuen Parteiengesetzes, Übergangsgelder in Höhe von insgesamt rund 70 Millionen DM erhalten hat.

Das strukturelle Defizit hat damit erst Mitte der 90er Jahre voll durchgeschlagen, weil keine zusätzlichen Zahlungen mehr zu erwarten waren.

Drittens. Die Bundespartei ist durch den Neubau ihrer Geschäftsstelle in Berlin mit weiteren Darlehen in Höhe von rund 65 Millionen DM belastet. In schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, den Grad der Ausstattung abzusenken und damit weitere Kostensteigerungen zu verhindern.

Außerdem ist es gelungen, Kreditverträge neu zu verhandeln, wodurch Belastungen in Millionenhöhe gesenkt werden konnten. Da die Bundesgeschäftsstelle in räumlicher Hinsicht nicht in vollem Umfang genutzt werden muss, können mindestens zwei Stockwerke vermietet werden. Dies wird zu einer entsprechenden Kostenentlastung in der Größenordnung von mindestens 700 000 DM pro Jahr führen.

Viertens. Schließlich kommen die Belastungen durch die Rückforderungen des Bundestagspräsidenten aufgrund des falschen Rechenschaftsberichtes 1998 sowie die noch zu erwartenden Sanktionsbescheide bezüglich der nicht korrekt verbuchten Spenden nach § 23 a Parteiengesetz hinzu. Der Bundestagspräsident hat, wie Sie wissen, aufgrund des nach seiner Ansicht nicht korrekt erstellten Rechenschaftsberichtes zum 31. Dezember 1999 wegen der Probleme im Landesverband Hessen den Zuwendungs- und Beitragsanteil in Höhe von 41 Millionen DM für 1998 von der CDU zurückverlangt. Gegen diesen Bescheid haben wir Rechtsmittel eingelegt, weil wir der Auffassung sind, dass die Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahme im Hinblick auf die Tatsache, dass ein Bericht eines Landesverbandes, der Grundlage für den Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei ist, fehlerhaft war, nicht mehr gewahrt worden ist.

Wir klagen gegen die Entscheidung auch deswegen, weil sich in der Zwischenzeit herausgestellt hat, dass wichtige rechtliche Überlegungen bei der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt worden sind. Ich füge hinzu: Wir wissen heute, dass der Bundestagspräsident auch einige der Ratschläge seiner juristischen Berater bei der Entscheidungsfindung nicht in vollem Umfang berücksichtigt hat.

Der Landesverband Hessen ist bereit, zur Vorsorge für die Zahlung der nach Ansicht der CDU Deutschlands vom Bundestags-

präsidenten zu Unrecht geforderten Zahlung von 41 Millionen DM der Bundespartei eine Summe in Höhe von mindestens 15 Millionen DM – zunächst als Darlehen – zu gewähren. Diese Sonderrücklage dient dem ausschließlichen Zweck, in größtmöglichem Umfang Sanktionsvorsorge zu treffen. In diesem Zusammenhang sind einige schwierige rechtliche Fragen gemeinsam zu beantworten gewesen. Ich bedanke mich bei dem Landesverband Hessen und seinem Landesvorsitzenden Roland Koch für die zügige Bereitschaft zur Lösung dieser schwierigen Fragen; denn wir sind auf eine solche Lastenteilung zwingend angewiesen.

Wir dürfen uns aber keine Illusionen machen. Derzeit ist noch nicht absehbar, in welchem Umfang der Bundestagspräsident Sanktionsbescheide bezüglich der nicht korrekt verbuchten Spenden in der Zeit von 1989 bis 1998 gegen die CDU erlässt. Unser früherer Vorsitzender, Altbundeskanzler Helmut Kohl, hat zur Wiedergutmachung dieses Schadens Spenden in Millionenhöhe für die CDU eingeworben und damit ebenfalls eine Teilvorsorge für diese Sanktionen getroffen.

Ich betone: Jede legale Spende muss uns herzlich willkommen sein. Wir brauchen diese Spenden auch in der Zukunft.

Deshalb nenne ich auf diesem Parteitag unser Solidaritätskonto bei der Deutschen Bank in Berlin. Es hat die leicht zu merkende Kontonummer 9000 555 01. Wir haben in den letzten Wochen nicht nur große Spenden, worüber wir uns freuen, sondern auch Hunderte von kleinen Spenden in Höhe von 10, 20, 50 und 100 DM erhalten. Wir müssen den treuen Spendern einmal Danke für diese Solidarität in schwieriger Zeit sagen. Wir müssen ihnen sagen: Wir brauchen euch auch in der Zukunft.

Haben Sie bitte Verständnis, wenn ich an dieser Stelle eine Bemerkung zu dem ma-

che, was die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Frau Simonis in diesem Zusammenhang gesagt hat. Sie hat einen treuen Freund der CDU, langjähriger Vorsitzender des Verwaltungsrates eines großen internationalen Unternehmens, der der CDU in dieser schwierigen Zeit geholfen hat, attackiert und hat zum Boykott der Produkte seines Unternehmens aufgerufen. Ich kann dazu nur sagen: So etwas ist zutiefst unanständig. Unser Gemeinwesen braucht solche Menschen, die legal spenden, heute und in der Zukunft.

Präsidium und Bundesvorstand haben aus der Finanzkrise die notwendigen Konsequenzen gezogen. Mit einer entsprechenden Entscheidung des Bundesparteitages können im Finanzwesen der Bundespartei alle erforderlichen Strukturreformen realisiert werden. Dem dient der Ihnen unter dem Punkt C 3 im Antragsheft vorgelegte Antrag des Bundesvorstandes „Änderungen des Statutes und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU zur Reform des Finanzmanagements“. Die Parteiführung hat alle Anstrengungen unternommen, die offenen Sachverhalte und Fehlerquellen so weit wie möglich durch Befragung der betroffenen Personen und durch Prüfung seitens der Wirtschaftsprüfer der CDU-Bundespartei aufzuklären. Die Ergebnisse der Gutachter für die Jahre 1989 bis 1992 sowie für die Jahre 1993 bis 1998 haben es ohne jeden Zweifel gezeigt: Es gab eine erhebliche Zahl von unkorrekten Buchungen, von Nichterfassungen von Einnahmen, von Fehlern im Rechenwerk der CDU. Daraus resultierten fehlerhafte Rechenschaftsberichte.

Die Strukturreformen, die wir Ihnen vorschlagen, haben das Ziel, ein Controlling aufzubauen, damit uns so etwas nie wieder passiert. Es muss ein System von Checks und Balances geben, so dass Kontrolle möglich ist und Transparenz herbeigeführt werden kann. Deswegen bitten wir Sie, diesen

Strukturreformen Ihre Unterstützung zu geben. Die Parteiführung braucht sie, damit solche Fehler nie wieder auftreten.

Die Herzog-Kommission, der wir für ihr großes Engagement danken, hat uns die wichtigsten Elemente der Strukturreformen vorgegeben:

Erstens die Einführung des Amtes eines Revisionsbeauftragten. Er hat die Aufgabe, unser gesamtes Rechnungswesen sowie Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung zeitnah zu prüfen. Ich sagte es bereits: Ein den modernen Methoden der Wirtschaft entsprechendes Finanzmanagement zwingt uns, auch Methoden eines zeitnahen Controllings anzuwenden.

Zweitens die Schaffung eines Haushaltsausschusses des Bundesvorstandes, dem fünf Mitglieder angehören, unter Vorsitz des Bundesschatzmeisters. Ziel muss es sein, eine größere Transparenz in allen finanziellen Fragen zu erreichen. Unsere Führungsgremien müssen, wie wir es 1999 begonnen haben, in aller Offenheit auch mit einzelnen Fragen des Haushaltes der Partei konfrontiert werden. Die Verantwortung dafür darf nie wieder einigen wenigen überlassen bleiben.

Drittens. Alle Etats sollen in Zukunft im Einvernehmen mit Bundesvorstand, Generalsekretär und Bundesschatzmeister vom Haushaltsausschuss des Bundesvorstands aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen werden. Vor dem Beschluss hat der Revisionsbeauftragte eine schriftliche Stellungnahme vorzulegen.

Viertens. Der neue Bundesschatzmeister soll nach der neuen Finanzordnung seine Tätigkeit vor allem auf die Spendenakquisition konzentrieren. Es liegt in der Logik der Vorschläge der Herzog-Kommission, dass diese Funktion von einer Persönlichkeit aus der Wirtschaft und nicht von einem

politischen Mandatsträger ausgeübt wird. Ich habe mich persönlich von Anfang an für eine solche Lösung engagiert.

Mit dieser neuen Struktur der Verantwortung unserer Finanzordnung soll das bisher nicht ausreichende Kontrollsystem der Bundespartei verbessert und auch die korrekte Vereinnahmung sowie die vollständige Klärung der Herkunft aller Spenden künftig sichergestellt werden. Wir gehen davon aus, dass aufgrund dieser Maßnahmen künftig keine Beanstandungen an der Rechnungslegung und der Erstellung des Rechenschaftsberichts mehr möglich sind.

Wir alle wissen, dass diese Veränderungen der Struktur natürlich nicht ausreichen, um die derzeitige finanzielle Situation der Bundespartei wieder auf eine bessere und gesicherte Grundlage zu stellen. Deshalb haben Präsidium und Bundesvorstand – auch unter Beratung von unabhängigen Experten – einen Sanierungsplan erarbeitet, der sowohl massive restriktive Maßnahmen bei den Ausgaben als auch Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmen umfasst.

Im Rahmen der Erstellung des Gutachtens zur Sanierung der Bundespartei haben die unabhängigen Wirtschaftsprüfer das vorhin schon erwähnte strukturelle Defizit in Höhe von jährlich 16,5 Millionen DM festgestellt. Außerdem tritt angesichts der zu bewältigenden Sonderlasten das bereits seit langem bestehende finanzielle Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Ebenen der CDU in voller Schärfe zutage. Bereits der 37. Bundesparteitag 1989 in Bremen hat sich für eine grundsätzliche Verbesserung der Finanzausstattung der Bundespartei ausgesprochen, „um mittelfristig ein finanzwirtschaftliches Gleichgewicht erreichen zu können“.

Jetzt zwingt uns die Situation zum Handeln und dazu, eine Lösung nicht länger hinauszuschieben. Auf dieser Grundlage

sind in Zusammenarbeit mit der Bundesfinanzkommission und einer vom Bundesvorstand einberufenen Finanzkommission unter Beteiligung der Landesverbände Vorschläge erarbeitet worden, um die Partei auf Dauer wettbewerbsfähig zu halten und eine zügige Entschuldung durchzuführen. Dem dient der zweite unter Ihnen vorgelegte Antrag des Bundesvorstands, mit der Überschrift „Finanzielle Konsolidierung der Bundespartei“.

Ich bedanke mich insbesondere für die enge Zusammenarbeit mit der bisherigen Generalsekretärin, Frau Merkel, und mit ihrem engagierten Bundesgeschäftsführer, Willi Hausmann. Ich bedanke mich dafür, dass Wolfgang Schäuble als scheidender Vorsitzender viel Herzblut und Engagement in die Arbeit am Sanierungsplan eingebracht hat. Mit ihnen allen zusammen haben wir die Vorschläge erarbeitet, die wir Ihnen heute schriftlich vorgelegt haben.

Die Bundesgeschäftsstelle wird auf der Grundlage des Sanierungskonzepts der Wirtschaftsprüfer ab sofort jährlich einen Betrag in Höhe von 8,5 Millionen DM zusätzlich einsparen. Um dieses Einsparziel erreichen zu können, wird die Bundesgeschäftsstelle in Berlin unter anderem ihren Personalbestand und ihre Sachkosten deutlich reduzieren. Es gab Zeiten, in denen die CDU-Bundesgeschäftsstelle weit über 200 Mitarbeiter hatte. Gegenwärtig arbeiten wir mit knapp 150 Mitarbeitern. Nach dem neuen Konzept werden wir in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin noch etwa 100 Mitarbeiter behalten. Außerdem wird die Bundesgeschäftsstelle ihren bisher üblichen Etatansatz für das Führen von Bundestagswahlkämpfen von 50 Millionen DM auf 40 Millionen DM senken. Dies entspricht einer weiteren Einsparung in Höhe von 2,5 Millionen DM jährlich.

Weitere Millionenbeträge können bei unseren Publikationen, vor allem beim „Union Magazin“, eingespart werden.

Ich weiß, dass solche Einschnitte schmerzhaft sind. Ich weiß auch, dass ein sparsam geführter Bundestagswahlkampf im Verhältnis zur wohlhabenden SPD, der vor allem durch die Wiedervereinigung ein erhebliches Vermögen zugeflossen ist, keine einfache Sache sein wird. Aber ich persönlich glaube, es wird dem Ansehen der CDU nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit nicht schaden, sondern nutzen, wenn wir auch in Wahlkämpfen mit einer neuen Bescheidenheit auftreten und auf teure Inszenierungen verzichten. Wir gewinnen damit Glaubwürdigkeit zurück und geben damit auch anderen ein Beispiel.

Die Kreisverbände sollen ab 1. Juli 2000 über einen Zeitraum von 5 Jahren zusätzlich 1 DM pro Mitglied und Monat an die Bundespartei abführen. Ziel ist es, das strukturelle Defizit der Partei im Wesentlichen durch die geschilderten Einsparungen auszugleichen und durch die erhöhten Einnahmen Schulden abzubauen und Sanktionsvorsorge zu treffen. Dann ist das Ziel erreichbar, dass die CDU spätestens in 5 Jahren ihre Schulden abgebaut hat.

Um den Kreisverbänden entsprechende Spielräume zu lassen, ob und wie sie die 1 DM pro Mitglied und Monat aufbringen wollen, können diese zusätzlichen Einsparleistungen auch in Form eines Einmalbetrags der Bundespartei über den Landesverband jährlich zugeleitet werden. Im Falle einer Einmalzahlung für 5 Jahre ist, wie sie den Unterlagen entnehmen können, ein entsprechender Rabatt auf die Gesamtsumme vorgesehen.

Schließlich – auch ein schwieriges Thema – hat die Bundesfinanzkommission bereits 1999 über die Anpassung der Beitragsregelung auf der Basis der Selbsteinschätzung der Mitglieder diskutiert und dem Bundesvorstand eine entsprechende Empfehlung vorgelegt. Diese ist

auch Grundlage des Antrags des Bundesvorstands zu der hier zu entscheidenden neuen Beitragsstaffel. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass der Durchschnittsbeitrag eines CDU-Mitglieds an seine Partei nach unseren letzten Erhebungen um rund 5 DM niedriger ist als der Durchschnittsbeitrag, den ein SPD-Mitglied an seine Partei zahlt und der bei 17 DM liegt.

Ich bin mir durchaus der unterschiedlichen Entwicklung beider Parteien und der Gewerkschaftsnähe der SPD, die sich auch auswirkt, bewusst. Aber, liebe Freunde, ich glaube schon, dass wir angesichts des Fehlens einer Zwangsumlage die jetzige Lage zum Aufbruch nutzen sollten, um überall in der Partei für eine Anpassung der Beiträge an die Einkommenssteigerungen und an die Preissteigerungsraten zu werben. Das würde allen helfen, den Ortsverbänden, den Kreisverbänden, den Bezirksverbänden, den Landesverbänden und der Bundespartei. Ich bitte Sie deswegen, die vorgelegte Beitragsstaffel heute zu beschließen.

Die strukturellen und finanziellen Entscheidungen, die wir in den nächsten Stunden auf diesem Parteitag treffen müssen, sind nicht einfach. Es handelt sich um den umfassendsten Sanierungsplan, den die CDU in ihrer Parteigeschichte jemals beschließen musste. Keine angenehmen Unwahrheiten, sondern unangenehme Wahrheiten!

Meine Bitte ist: Helfen Sie mit, dass die neue Parteiführung mit klaren Entscheidungen zu den Strukturfragen, um Fehler aus der Vergangenheit in Zukunft zu vermeiden, und zu den finanziellen Fragen die notwendigen Mittel in die Hand bekommt, um auch zukünftig eine wettbewerbsfähige CDU zu haben. Die brauchen wir im Interesse unseres Landes. Deswegen bitte ich Sie herzlich um die Unterstützung bei dieser schwierigen Diskussion und bei der Entscheidung über diese Anträge. ■

Karl-Josef Laumann: Was einmal ganz ehrlich gesagt werden muss

Ich möchte zu dem Thema der Finanzierung unserer Partei einmal etwas aus Sicht eines Kreisvorsitzenden, der den immerhin viertgrößten Kreisverband in Deutschland schon seit über zehn Jahren führt, sagen.

Wir sind an einem Punkt, wo wir klar erkennen müssen: Wenn wir einen Neuanfang in unserer Partei wollen, sollten wir, bevor wir Angela Merkel und Ruprecht Polenz wählen, das Finanzproblem lösen. Nur so geben wir beiden eine Grundlage, auf der sie ihre Arbeit in den nächsten Jahren verlässlich planen können.

Nichts weitergegeben

Dabei ist zu bedenken, dass alle Ebenen der Partei kampagnenfähig sein müssen. Die Wahrheit ist, dass der Beitrag zur Bundespartei seit zehn Jahren 1,25 DM pro Mitglied beträgt. Wenn wir Kreisvorsitzenden ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass sich in diesen zehn Jahren die Beitragseinnahmen in den Kreisverbänden selbstverständlich erhöht haben, vor allen Dingen weil die Beiträge der Neumitglieder höher sind als bei denen, die in den 50er- und 60er-Jahren Mitglied der CDU geworden sind. Das strukturelle Problem der Bundespartei ist nun einmal, dass wir von diesen Steigerungen zehn Jahre lang nichts an die Bundespartei weitergegeben haben. Ich finde, das muss man einmal ganz ehrlich sagen. Deswegen kann es, wie einer der Vorredner sagte, nicht angehen, dass die Lösung in Nichtstun besteht, wenn wir wollen,

dass unsere Bundespartei ihre identitätsstiftende Kampagnenfähigkeit für die CDU in Deutschland behält.

Den Rücken frei bekommen

Wir halten im Kreis Steinfurt seit vielen Jahren Neumitgliedertreffen ab. Wenn man unsere Neumitglieder fragt, warum sie Mitglied der CDU geworden sind, dann stellt man fest, dass über zwei Drittel aus bundespolitischen Gründen Mitglied der CDU geworden sind. Dies zeigt, wie wichtig es auch für uns in den Kreisverbänden ist, die Kampagnenfähigkeit der Bundespartei zu erhalten.

Deswegen bitte ich Sie schlicht und ergreifend, es Angela Merkel und Ruprecht Polenz nicht zu schwer zu machen und Ihr Placet zu dem Vorschlag zu geben, der Bundespartei für fünf Jahre 1 DM pro Mitglied und Monat zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Ich bitte den Bundesvorstand aber, in diesen Jahren einmal grundsätzlich die Verteilung des Geldes zwischen den Parteebenen zu überdenken. Mein Kreisverband hat schon vor zehn Jahren den Vorschlag gemacht, sich die Beitragseinnahmen prozentual zu teilen.

Damit wären alle Ebenen an Steigerungen, die im Laufe der Zeit nun einmal ganz normal sind, automatisch beteiligt. Jeder könnte vernünftig rechnen und sich bei seinen Ausgaben darauf einstellen. Das ist doch das Wichtigste: dass unsere Leute Politik machen können und von der Finanzseite her den Rücken endlich frei bekommen.



**Wir glauben an
Menschen, nicht
an Systeme.
Wir wollen den
Menschen den
Rücken stärken,
damit sie in
einer Welt
des Wandels
bestehen
können.**

Angela Merkel:

Unsere Zukunft hängt allein von unserer eigenen Stärke ab

Wir haben dramatische Monate hinter uns. Die Zeit seit Herbst 1998 war, so glaube ich, für uns alle ein Wechselbad der Gefühle. Begonnen hat sie mit einer Niederlage bei der Bundestagswahl. Diese Niederlage hat uns zugesetzt. Dann kamen Wahlerfolge. Die hatte uns keiner zugetraut. Schließlich mussten wir nach den bekannt gewordenen Verstößen gegen das Parteiengesetz eine Bewährungsprobe bestehen. Die hat uns wahrlich mitgenommen.

In dieser Zeit, in diesen 16 Monaten, haben wir gezeigt, aus welchem Holz wir Christlichen Demokraten geschnitzt sind. Man hat versucht, uns in Lager aufzuteilen, in Flügel aufzuspalten, Keile zwischen uns zu treiben. Aber alles ist gescheitert. Liebe Freunde, ich sage: Solche Versuche werden auch in Zukunft scheitern.

Denn unsere Partei ist intakt. Ihre Mitglieder sind entschlossen. Das ist ein großes Pfund. Ohne die Unterstützung der 630 000 Mitglieder, der mehr als 10 000 Ortsverbände, der über 350 Kreisverbände hätten wir diese Zeit so nicht bewältigen können. Was in uns steckt, haben wir in den letzten Wochen gezeigt, ganz besonders auf den Regionalkonferenzen. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Verantwortung, Veränderung, Vertrauen: So haben wir unsere Aufgabe auf unseren Regionalkonferenzen beschrieben. Wir wissen: Nur auf der Basis von Wahrheit und Klarheit kann wieder neues Vertrauen wachsen. Für die CDU kann es keine Diskussion um die Einhaltung von Recht und Gesetz geben. Wir, die CDU Deutschlands, sind die Partei, die wie keine ande-

re für den Rechtsstaat steht. Das gilt für jeden von uns.

In diesem Geist ist die Parteiführung in den letzten Wochen ihren Kurs gegangen. Gerade weil wir die Aufklärung der Verstöße gegen das Parteiengesetz vorangetrieben haben, wird jetzt jeder Versuch scheitern, uns mundtot zu machen. Gerade weil wir berechtigte Kritik angenommen

Bericht von Generalsekretärin Angela Merkel, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstands der CDU „Essener Erklärung“

und die Konsequenzen gezogen haben, können wir selbstbewusst auftreten. Wir müssen uns von niemandem den Rechtsstaat erklären lassen, nicht von Gerhard Schröder, nicht von Rezzo Schlauch und schon gar nicht von Herrn Ströbele.

Ich füge hinzu: Herr Ströbele will diese Republik zerstören. Er will die CDU zerschlagen. Wir werden uns deshalb von Leuten wie Ströbele nicht sagen lassen, was mit den Stasi-Akten zu passieren hat, also von Leuten, die nicht einmal dann zustimmen, wenn es um das Abhören von Verbrechern geht. Es ist ganz klar, dass wir uns von diesen Leuten nichts sagen lassen.

(Beifall – Zurufe: Bravo!)

Mit das Bedauerlichste in den letzten Wochen war für mich, dass wir Wolfgang

Schäuble im Amt des Vorsitzenden verliehen. Lieber Wolfgang Schäuble, ich habe sehr gerne mit Ihnen und für Sie gearbeitet. Diese 16 Monate sind für mich nicht nur politisch, sondern auch menschlich eine außerordentlich prägende Zeit gewesen. Ich denke, dass für unsere Zusammenarbeit kaum ein Satz so prägend war wie der auf unserem Europawahlplakat, das Sie selbst ausgesucht hatten: „Nicht immer einer Meinung, aber immer auf einem gemeinsamen Weg!“ In diesem Geist will ich meine Arbeit fortsetzen. Lieber Wolfgang Schäuble, ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Man kann eine einschneidende Krise nicht mit einem Stichtag beenden. Aber in jeder Krise steckt eine Chance. Wir werden die Chance, die in unserer Krise steckt, beherzt ergreifen. Das ist das Leitmotiv unserer Essener Erklärung, über die wir noch im Einzelnen beraten. Wir haben – jeder spürt das heute schon den ganzen Tag – wieder genügend Raum gewonnen, um das öffentliche Interesse auf den Kern der politischen Auseinandersetzung in Deutschland zu konzentrieren. Die Stunde unserer Gegner ist vorbei. Das gilt für Rießer, Fischer und Schröder. Es geht jetzt wieder zur Sache.

Es geht jetzt wieder zur Sache, nicht im Sinne von „Schwamm drüber“, sondern im Sinne von „Klartext reden“. Deutschland braucht politischen Wettbewerb. Deshalb braucht Deutschland eine starke CDU.

Es ist ja klar, dass Rot-Grün weiter mit allen Mitteln versuchen wird, der Auseinandersetzung um Sachthemen zu entgehen. Denn trotz der dramatischen Niederlagen im letzten Jahr hat die Schröder-Regierung nichts dazugelernt: Ökosteuer, erneuter Rentenbetrug, mittelstandsfeindliche Steuerreform, Blamagen in der Gesundheitspolitik, eine Europapolitik, die keine ist, ein Aufbau Ost, der in der Schublade verschwunden ist, rechtliche Gleichstel-

lung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Das sind alles Projekte, die in Deutschland nicht mehrheitsfähig sind. Weil sie unausgegoren sind, müssen wir dagegen kämpfen.

Das alles weiß man im Kanzleramt. Deshalb versuchen sie, solange es eben geht, den politischen Wettbewerb hinauszuschieben und zu verzerren. Aber das wird nicht länger möglich sein. Damit ist jetzt Schluss. Wir sind wieder da.

Es ist natürlich angebracht, die Frage zu stellen: Wo stehen wir? Die politische Landschaft hat sich seit 1989/1990 ganz wesentlich verändert: Der Kalte Krieg ist vorüber, der Sozialismus ist zusammengebrochen, die Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit ist vollendet. Ich kann heute, zehn Jahre nach der Deutschen Einheit, vor Ihnen stehen. Das ist für mich nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. Ich bin erfreut, erstaunt und manchmal immer noch sprachlos.

Für diese CDU sind die Deutsche Einheit und der Aufbau Ost nicht einfach irgendeine erklärte Chefsache, die dann später schnell aufs Abstellgleis geschoben wird. Für diese CDU ist die Deutsche Einheit Herzenssache. Die Menschen spüren, dass das für uns nicht irgendeine technische Aufgabe ist, sondern dass wir für sie etwas übrig haben und dass wir den Aufbau Ost mit dem Herzen betreiben. Das soll auch weiter so bleiben.

Dieses Bekenntnis zur deutschen Einheit hat die CDU geprägt. Nicht umsonst hat die CDU 1976 „Freiheit statt Sozialismus“ plakatiert. Manche von Ihnen haben damals im Wahlkampf mitgemacht; ich habe ihn mir im Fernsehen angeschaut. Ohne Zweifel hat sich der politische Wettbewerb seither verändert, aber nicht, weil wir unsere Positionen verändert haben. Die anderen mussten ihre Positionen räumen –

eine nach der anderen –, weil sie von der Geschichte überholt wurden, während sich unsere Visionen bewahrt haben.

Es waren die Visionen von der sozialen Marktwirtschaft, die enge Partnerschaft mit Amerika, die Freundschaft mit Frankreich. Es war auch die unermüdete Arbeit an der Vision von einem geeinten, freien und friedlichen Europa. Es gab natürlich die Vision von der Deutschen Einheit, die doch längst – wenn wir ehrlich sind, müssen wir dies feststellen – kein gemeinsames Ziel aller Parteien in Deutschland mehr war.

Die CDU war immer auf der richtigen Spur. Man kann es ruhig noch deutlicher sagen: Wir sind die Gewinner der Geschichte. Unsere Bilanz der letzten 50 Jahre stimmt.

Wir müssen glücklicherweise nicht einräumen, uns in der Auseinandersetzung mit Kommunisten und Sozialisten getäuscht zu haben. Christliche Demokraten ändern eben nicht alle halbe Jahre ihre Überzeugungen. Weil wir auf der Basis fester Grundwerte stehen, weil sich in uns christlich-soziale, wertkonservative und liberale Überzeugungen bündeln, sind wir die große Volkspartei der Mitte. Für diese Politik der Mitte stehen große Namen, vornweg unser erster Vorsitzender Konrad Adenauer. Liebe Frau Werhahn-Adenauer, ich freue mich ganz besonders, dass Sie als eine seiner Töchter heute bei uns sind. Ich möchte Ihnen noch einmal ein ganz herzliches Willkommen sagen. Davon hat Konrad Adenauer geträumt, dass wir gemeinsam auf einem Parteitag sind.

Für diese Politik stehen Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel – auch Sie begrüße ich heute ganz herzlich unter uns –, Lothar de Maizière, der in diesen Tagen 60 Jahre alt geworden ist, und natürlich Helmut Kohl.

Helmut Kohl wollen wir auch von diesem Parteitag aus noch einmal ganz herzlich zu seinem 70. Geburtstag gratulieren. Wir alle wissen, dass es für ihn nicht leicht ist, das erste Mal seit 1951 nicht an einem Parteitag teilzunehmen. Wir wissen, dass auch ihm die letzten Wochen und Monate zugesetzt haben, auch wenn genauso klar ist, dass es um der Glaubwürdigkeit der Partei willen keine Alternative zu unserem Kurs der Aufklärung gegeben hat und gibt.

Aber gerade weil wir dies wissen, lassen wir es nicht zu, dass sich die Linken die Deutungshoheit über die Bilanz seiner Leistungen anmaßen. Das machen noch immer wir. Wir schließen uns dem Satz von Lord George Weidenfeld an: „Kohls Werk“ – Ihr Werk, lieber Helmut Kohl – „bleibt historisch überragend.“

Jetzt stehen wir am Beginn eines neuen Jahrhunderts. Es wird klar: Fast nichts wird mehr so sein, wie es einmal war. Beim nächsten Wahlparteitag im Jahr 2002 haben wir alle eine neue Währung, nämlich den Euro, in der Tasche. Die Industriestruktur hat sich in den letzten Jahren weltweit dramatisch geändert. Von ursprünglich 60 Autofirmen in der Welt gibt es heute nur noch 16. Bald werden es vielleicht nur noch 8 Firmen sein.

Vor kurzem wurde der Sechsmilliardste Erdenbürger geboren. Im Jahre 2013 werden es 7 Milliarden sein. Wir werden in der Bundesrepublik Deutschland immer älter. Kamen 1960 auf 100 20- bis 59-Jährige 51 unter 20-Jährige und 32 über 59-Jährige, so wird im Jahre 2020 das Verhältnis nahezu umgekehrt sein, dann wird es nämlich nur noch 33 unter 20-Jährige und 57 über 59-Jährige geben. 1995 gab es 1,5 Millionen Online-Anschlüsse. Heute gibt es in Deutschland 7,3 Millionen Online-Anschlüsse. In wenigen Jahren werden es 25 Millionen sein. Sie sehen also schlaglichtartig, was diese Veränderungen für unser gesamtes Leben bedeuten.

Wenn ich sage, dass fast nichts mehr so sein wird, wie es einmal war, dann muss ich auch feststellen, dass es auch Dinge gibt, die bleiben werden: Noch immer schauen 20 Millionen Fernsehzuschauer zu, wenn die deutsche Fußballnationalmannschaft bei der Europameisterschaft spielt. Hoffentlich spielt sie gut in diesem Sommer!

(Heiterkeit und Beifall)

Thomas Gottschalk erreicht durch alle Generationen hinweg bis zu 15 Millionen Fernsehzuschauer. 80 Prozent aller Deutschen wollen eine Familie gründen. Die Deutschen gehören noch immer zu denen, die in Krisensituationen am bereitwilligsten spenden. Auch in Zeiten abnehmender Kirchenbindungen suchen die Menschen nach einem Sinn des Lebens. Kinder wollen, dass ihre Eltern für sie Zeit haben. Die Menschen wollen eine Heimat. Kurz: Es gibt Dinge und Werte, die eben immer gelten.

Wir, die Menschen des 21. Jahrhunderts, bewegen uns in einem unglaublichen Spannungsfeld, nämlich zwischen der Alterung unserer Gesellschaft, der Globalisierung, der Technisierung und der ständigen Beschleunigung auf der einen Seite und dem Wunsch nach Heimat, Familie und Ehrenamt auf der anderen Seite. Die Politik muss dieses Spannungsfeld, diese beiden Seiten unseres Lebens, den Wandel und die Beständigkeit, gestalten. Sie darf dem Lauf der Dinge nicht hinterherrennen, sondern muss rechtzeitig die Weichenstellungen vornehmen. Gerade die Jungen fragen uns, wie denn unsere Antworten auf diese Veränderungen lauten. Sie geben sich nicht mit Betrachtungen der historischen Erfolge, mit undurchschaubaren Kompromissen oder mit ideologischen Allgemeinplätzen zufrieden. Die Jugend ist nicht politikverdrossen. Aber sie will, dass zur Sache geredet wird. Sie hat Recht, wenn sie das von uns fordert.

Sie erwartet zu Recht, dass wir nicht auf ihre Kosten leben. Wie wir es – wenn wir ganz ehrlich sind – heute noch häufig tun. Das betrifft die staatlichen Haushalte, die sozialen Sicherungssysteme und den Schutz von Natur und Umwelt. Letzterem müssen wir uns als Opposition wieder ganz besonders widmen, weil sich Trittin und seine Grünen fast schon schämen, überhaupt noch von Umweltpolitik zu sprechen; denn sie sind nur mit Ränkespielen, Atomausstieg und grüner Identitätskrise beschäftigt. Es ist geradezu absurd, dass exakt der Einstieg der Grünen in die Bundesregierung zusammenfällt mit dem Ausstieg der Grünen aus der Umweltpolitik.

Es kommt heraus, dass die Grünen letztlich nur für den Zeitraum einer Generation denken, dass sie im Osten überhaupt nicht stattfinden, dass die jungen Leute ihnen weglaufen und dass die 68er längst mehr über ihre eigenen Pensionsansprüche nachdenken als über die Auswirkungen von Sendungen wie „Big Brother“ auf unsere Gesellschaft.

Jetzt ringen sie verzweifelt um das, was einst ihre Basis war, und um das bißchen Profil, was sie in anderthalb Jahren Regierungszeit noch bewahrt haben. Wer auf einem Parteitag gegen den Export des Leopard-Panzers in die Türkei eintritt – man kann geteilter Meinung sein; aber die Grünen sind dagegen – und auf dem gleichen Parteitag beschließt, dass man dann, wenn dieser Panzer exportiert werden sollte, trotzdem nicht aus der Regierung austreten werde, der hat seine Seele ganz einfach an die Macht verkauft. Das ist die Situation der Grünen.

(Anhaltender Beifall)

Viele Menschen in unserem Land haben vielleicht nicht immer gleich alle Begriffe parat, mit denen wir unsere heutige Zeit beschreiben, zum Beispiel Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Aber sie

spüren, dass sich in unserer Gesellschaft Gewaltiges tut. Sie sehen die Chancen für ihr Leben. Aber sie fragen sich auch: Kommen wir da eigentlich noch mit?

Auf unserem heutigen Parteitag werden viele Menschen, die sich für die CDU interessieren, aufmerksam zuhören, ob wir auf ihre Fragen eine Antwort haben oder ob wir wenigstens ihre Sorgen kennen: Menschen, die kirchlich gebunden sind – katholisch oder evangelisch, Gewerkschafter und Arbeitgeber, Arbeitslose, Auszubildende, Existenzgründer, Mittelständler, Jungunternehmer, Wissenschaftler und Künstler, Entwicklungshelfer, Engagierte für Menschenrechte, Familienmütter und -väter, Menschen, die ihre Eltern oder Behinderte pflegen, Umweltschützer, Vertriebene, ausländische Mitbürger, Landwirte, Soldaten, Polizisten sowie Menschen in Verbänden und Vereinen. Sie alle bilden das Fundament unserer Gesellschaft und wollen wissen: Welchen Beitrag leistet die CDU, um das 21. Jahrhundert zu gestalten?

Unser Pfund auf dem Weg in die Zukunft sind unsere Grundwerte und ihre gelebte Substanz. Ich sage das ganz bewusst als jemand, der erst seit zehn Jahren als aktiver Bundesbürger dabei ist. Diese CDU hatte immer einen klaren Kompass. Wer wie ich 35 Jahre keine Post nach Israel schicken konnte, wer wie ich nicht damit gerechnet hat, vor dem Rentenalter nach Amerika fahren zu können, wer wie ich fast nicht mehr geglaubt hat, dass sowjetische Truppen nicht nur nicht mehr in Deutschland sind, sondern dass es die Sowjetunion gar nicht mehr gibt, wer wie ich von der deutsch-französischen Freundschaft nur aus Büchern wusste und wer wie ich die Solidarnosc-Literatur aus Polen an der Grenze der DDR abliefern musste, der weiß, wie wichtig es ist, Struktu-

ren gegen Diktaturen zu festigen, und der weiß, in welchem Glücksfall der Geschichte wir leben.

Ich weiß, dass wir die Beziehungen zu Amerika pflegen müssen, dass wir immer wieder für gute deutsch-israelische Beziehungen kämpfen müssen. Ich weiß um die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft, und ich weiß um den Schatz guter Beziehungen zu Polen und vielen anderen Ländern. Ich weiß auch, wie wichtig eine friedliche Entwicklung in Russland ist.

Ich sage es ganz bewusst: Aus Dankbarkeit für die gewonnene Freiheit muss jede Generation immer wieder neu dafür kämpfen, dass diese Ziele eingehalten werden. Sie sind kein Selbstläufer; sie müssen immer wieder erkämpft werden.

Liebe Freunde, wenn wir das vergäßen, würden wir unseren inneren Kompass veraten. Aber genau dieser Kompass unterscheidet uns doch von den Sozialdemokraten. Sie haben jahrzehntelang gebraucht, die Soziale Marktwirtschaft überhaupt in ihr Programm aufzunehmen. Sie haben mit Sozialisten und Kommunisten gekungelt, und sie haben sich ewig mit ihrem Verhältnis zu Amerika und zur NATO herumgequält. Sie sind wankelmütig bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Sie haben ein gestörtes Verhältnis zu neuen Technologien. Sie denken in Kollektiven und nicht für den Einzelnen.

Sie haben kein Maß und schwankten im Wahlkampf 1998 zwischen Stollmann und Lafontaine hin und her. Schröder hat zu der Zeit, als Jürgen Rüttgers als Bundesforschungsminister mit viel Mühe vier neue Ausbildungsordnungen im Informatik- und Informationstechnologiebereich entworfen hatte – Herr Rüttgers, Sie werden sich erinnern, wie Sie das gegen die Kultusminister, zum Teil auch gegen die Wirtschaft erkämpfen mussten –, einen Studiengang für Informationstechnologie in Hildesheim ge-

schlossen. Das war zeitgleich; man muss sich das einmal vor Augen führen.

Wenn dieser gleiche Bundeskanzler Schröder nicht weit von hier, in Bochum, auf dem sozialdemokratischen Parteitag der SPD NRW sagt, Herr Rüttgers hätte für bessere Ausbildung sorgen sollen, dann kann ich nur sagen: Kurzzeitgedächtnis, daneben gelangt! Herr Schröder, Sie haben vor der Aufgabe versagt und nicht Jürgen Rüttgers.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wer heute das Hohelied der Bildungspolitik singt und die Schulen ans Netz bringen will – das ist ja richtig –, den müssen wir daran erinnern, dass er vor kurzem noch Lehrer als „faule Säcke“ beschimpft hat und andere Dinge über die Bildungspolitik gesagt hat.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, bei den Sozialdemokraten bleibt doch völlig unklar, ob nun das kalte und letztlich unverbindliche Schröder-Blair-Papier des Balkan-Beauftragten Hombach in der SPD Gültigkeit hat oder ob man weiter dem Gedankengut der Sozialistischen Internationalen hinterherläuft. So, meine Damen und Herren, liebe Freunde, kann man allenfalls Zufallstreffer im Lotto landen. Aber so kann man keine Vision von der Gesellschaft der Zukunft entwickeln.

Wir dagegen haben den Anspruch, den Weg in die Zukunft zu gestalten. Wir stellen uns den Veränderungen der Märkte nicht quer in den Weg; wir sehen ihnen aber auch nicht tatenlos zu. Unser Anspruch ist ganz klar – wir sollten ihn uns immer wieder vor Augen führen –: Wohlstand und Teilhabe für alle, das heißt eine führende Rolle Deutschlands in einem fairen Wettbewerb um eine menschliche Gesellschaft mit anderen Ländern der Welt. Wir wollen Menschen sein, die stolz auf ihr Land sein können, aus dem sie kom-

men und in dem sie leben. Wir wollen eine Gesellschaft, die Markt und Menschlichkeit versöhnt. Das ist christlich-demokratische Politik.

Ich frage mich manchmal, was eigentlich das Atemberaubende an dem Wandel ist, den wir alle spüren. Vielleicht sind es durch den Umgang mit Wissen und Informationen die völlig unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen wir zu leben lernen müssen. Unsere Verfahren sind zum Teil schwerfällig. Die Gerichtsprozesse von und gegen Unternehmen dauern länger als deren Existenz. Das Ausfüllen von Anträgen dauert manchmal länger, als man die Sache, die man beantragt hat, braucht. Wir spüren, dass wir schneller werden müssen, dass wir verschiedene Berufe lernen und andere Arbeitsbeziehungen entwickeln müssen, dass wir mehr Auswahl haben und mehr entscheiden müssen. Aber wir kommen häufig mit den Strukturen nicht klar.

Auf der anderen Seite bleibt manches wie es ist. Der Mensch wird weiterhin im Durchschnitt sechs Monate brauchen, bevor er den ersten Zahn bekommt, der Puls wird nicht schneller als 80 oder 90 Schläge pro Minute bei Menschen mit Bluthochdruck sein. Der Mensch wird nicht schneller als 5 Kilometer pro Stunde im Durchschnitt gehen können. Markt und Menschlichkeit in dieser Situation zusammenzubringen, das ist unsere Aufgabe, und das ist unser Anspruch.

Manchmal frage ich mich: Was hätte eigentlich Ludwig Erhard als nationaler Politiker, als Wirtschaftsfachmann angesichts internationaler Finanz- und Kapitalmärkte gemacht? Erinnern wir uns an die Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft! Ich meine, wir haben diese Botschaft in den vergangenen Jahren etwas vernachlässigt. Ich sage das ganz selbstkritisch auch in Richtung unserer Partei.

Denn hinter dieser Botschaft steckt eine Ethik, eine Ethik der Sozialen Marktwirtschaft. Das ist die Einsicht, dass nur eine Ordnung der Freiheit, die sich politisch in der Demokratie und wirtschaftlich in der Sozialen Marktwirtschaft ausdrückt, eine freie, eine sozial verantwortete und eine solidarische Gesellschaft schaffen kann. An der Weigerung, dies zu verstehen, sind die Diktaturen des Ostens zerbrochen. Die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft hat zwei Dinge zur Folge: Nicht alle können gleich sein. Aber es darf auch nicht sein, dass wenige alles und viele gar nichts haben.

Liebe Freunde, die Soziale Marktwirtschaft kennt auch im 21. Jahrhundert als Grundprinzip den Wettbewerb. Die CDU bekennt sich zum Wettbewerb. Die Soziale Marktwirtschaft wollen wir auch unter veränderten internationalen Bedingungen erhalten. Deshalb müssen wir als Bundesrepublik Deutschland den Anspruch erheben, Motor in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu sein. Nur so wird es gelingen, nicht wie Schröder beim Mittelmaß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzukommen, sondern wieder Spitze bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu werden.

Liebe Freunde, die Arbeitslosenbilanzen zeigen doch, dass das erbärmlich ist, was im letzten Jahr geschaffen wurde. Schröder hat im letzten Jahr für 150 000 Menschen, die aus Altersgründen aus dem Berufsleben ausscheiden, im Westen nichts geschafft und im Osten noch schlechtere Bedingungen erzeugt. Das ist die Realität.

Liebe Freunde, es ist richtig zu fragen: Wo entstehen denn Arbeitsplätze? Wir wissen, sie entstehen in den mittelständischen Unternehmen. Gerade die mittelständischen Unternehmen haben in den Zeiten der Globalisierung zum Teil schwierigere Kämpfe auszufechten, als es bei den großen Global Players der Fall ist. Deshalb ist es vorran-

gige Aufgabe der Politik, mittelständischen Unternehmen in besonderer Weise unter den Arm zu greifen. Dann verstehe, wer will – wir verstehen es nicht –, dass die Steuerreform der Bundesregierung von Rot-Grün vor allen Dingen mittelstandsfeindlich ist! Das darf nicht sein, und dagegen werden wir angehen.

Man schadet natürlich dem Mittelstand, wenn man in Deutschland zusätzliche Steuern einführt. Ich nenne in diesen Zusammenhang nur die Ökosteuer. Die Ökosteuer ist auf allen Linien ein Versager: Sie hat keinen ökologischen Lenkungseffekt, und sie hat Verzerrungen sozialer Natur zur Folge. Das sehen wir insbesondere bei den Familien: Familien mit wenigen Erwerbstätigen sind besonders benachteiligt; denn nur die Erwerbstätigen bekommen eine Entlastung.

Weiterhin hat die Ökosteuer völlig kontraproduktive Lenkungseffekte. Ich nenne nur ein einziges Beispiel: Die Deutsche Bahn AG zahlt Ökosteuer, die Luft-hansa zahlt keine. Was hat der Umweltminister geschafft: Bahn fahren wird teurer, Fliegen bleibt, wie es ist. Die Differenz steigt. Das ist Umweltpolitik von Rot-Grün. Wir sind dagegen, liebe Freunde; das kann man nicht machen.

Auch die meisten landwirtschaftlichen Unternehmen sind mittelständische Betriebe. Wir fragen uns seit über einem Jahr: Was haben eigentlich die Landwirte Schröder getan?

(Heiterkeit und Beifall)

Ich weiß eins: Schröder hält den Landwirten immer wieder vor: Ihr habt mich nicht gewählt.

Liebe Freunde, was ist das für ein Bundeskanzler, der einen Eid auf das Wohl des gesamten deutschen Volkes schwört, dann ganzen Berufsgruppen vorhält, dass sie nicht für ihn gestimmt hätten, und der dann seine Politik derart gestaltet, dass er diese

Berufsgruppen nicht unterstützt? Das darf nicht Schule machen in Deutschland.

Es ist doch völlig unsinnig, nach außen so zu tun, als ob man Unternehmen hofiert, wenn man im Grunde die Unternehmer düpiert. Der selbstständige Unternehmer, der persönlich haftet, der eine eigene Vision einbringt, für den sein unternehmerisches Tun mehr ist als eine Finanzinvestition, der verkörpert genau das, was wir Sozialpflichtigkeit des Eigentums nennen. Wenn wir es richtig machen, dann können wir von Fortschritt und Globalisierung profitieren. In den OECD-Ländern ist in den 90er Jahren das Beschäftigungsvolumen insgesamt gewachsen. Aber es gibt zwischen den einzelnen Ländern riesige Unterschiede. Wir müssen feststellen: Wir sind kein Land mit einer niedrigen Steuerquote und einer niedrigen Staatsquote. Deshalb kommt es bei uns auch nicht zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit – wie es sein müsste – und deshalb müssen wir darüber nachdenken, wie wir es besser machen können.

Liebe Freunde, Globalisierung bedeutet, dass wir alle in einer Welt leben. Umweltverschmutzung, unverantwortlicher Ressourcenverbrauch, Bevölkerungswachstum, das trifft uns alle in Zukunft immer mehr und direkt. Wir haben es doch jetzt wieder bei der Flutkatastrophe in Mosambik gesehen: Wir können heute nicht mehr die Augen vor den Dingen verschließen, die an anderen Plätzen dieser Erde passieren. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass alle für ihre Entwicklungschancen eine faire Möglichkeit haben. Wer über eine Monopolbildung oder eine Abschottung der Märkte versucht, den Ländern der Dritten Welt ihren Anteil an der Zunahme des Wohlstands zu verweigern, der wird in einer globalen Welt scheitern.

Rot-Grün spricht von all diesen Gefahren überhaupt nicht mehr: nicht von der Erwärmung der Erde, nicht von der Abnah-

me der Artenvielfalt und nicht vom Abschmelzen der Polkappen. Denn Rot-Grün hat Angst, kein Rezept und keine Vision, wie man damit umgeht. Dazu sage ich: Wir müssen wieder die Partei des modernsten Umweltschutzes und der modernsten Hilfe für andere Länder werden, auch damit wir den Wohlstand in unserem eigenen Land erhalten können.

Liebe Freunde, wir müssen auch einen Beitrag dazu leisten, dass die internationalen Institutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation ihre Strukturen weiterentwickeln, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden können. Wir müssen begreifen, dass wir die Soziale Marktwirtschaft mit ihren Vorteilen nur dann bei uns im Lande erhalten können, wenn wir uns den Aufgaben in der gesamten Welt stellen.

Rot-Grün hat auf dieses Vorgehen keine Antwort. Es kann ja noch nicht einmal einen Posten beim IWF besetzen. Wir sind dankbar, dass wir unseren Parteifreund Horst Köhler haben, damit er dort einen guten Job macht.

Wenn Bundesaußenminister Fischer nach eineinhalb Jahren Tätigkeit als Außenminister zum ersten Mal Afrika besucht, wenn von der Bundesregierung die Ausgaben für die Außen- und Entwicklungshilfepolitik in einem dramatischen Ausmaß gesenkt werden, dann ist das genau das Gegenteil einer ethischen Verpflichtung durch die Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen.

Die Chance aus den globalisierten Märkten zu ergreifen, das heißt für uns: Wir müssen unsere Arbeitsmärkte öffnen, nach oben und nach unten – nach oben, indem wir die Rahmenbedingungen verbessern und eine Spitzenstellung in Forschung und Technologie ermöglichen. Wir dürfen nicht einfach die Anwender von Wissen sein. Wohlstand für alle wird es nur geben, wenn wir in möglichst vielen Feldern

Spitze sind: zum Beispiel bei der Biotechnik, in der pharmazeutischen Industrie, bei der Chipherstellung und in der Software-Erstellung. Stattdessen ist Rot-Grün vor allen Dingen stolz, wenn es aus irgendetwas aussteigt. Der Ausstieg aus der Kernenergie – dies geschieht, obwohl wir die sichersten Kernkraftwerke der Welt haben – steht beispielsweise für diese wirklich unmögliche Politik.

Denn, liebe Freunde – ich meine das sehr ernst –, in der früheren Sowjetunion stehen weiterhin 16 Reaktoren vom Reaktortyp Tschernobyl. Wir aber berauben uns unseres Technik- und Forschungssachverständs mutwillig und vorsätzlich dadurch, dass wir aus der Kernenergie aussteigen, und können in Zukunft, wenn es einmal zu kritischen Ereignissen kommt, nicht mehr helfen. Dafür trägt Rot-Grün die Verantwortung.

Wir müssen immer wissen: Im Zweifelsfalle entwickelt sich der Fortschritt eben auch ohne uns. Schon jetzt steht das weltweite Projekt der Genomforschung kurz vor dem Abschluss, wie wir in den letzten Tagen gehört haben. Sicherlich ist auf diesem Gebiet noch vieles zu tun. Aber wenn wir in diesem Forschungswettbewerb nicht mit an der Spitze sind, dann verlieren wir sehr schnell den Anschluss. Deshalb brauchen wir eine Spitzenstellung, um überhaupt daran mitwirken zu können, was wir mit den dort erzielten Erfolgen und Ergebnissen machen.

Denn wir mit dem C in unserem Namen sind an dieser Stelle in den nächsten Jahren ganz besonders gefordert. Die Antwort auf die Frage, was wir von dem anwenden dürfen, was wir können, werden wir nur dann mitbestimmen können, wenn wir an der Spitze sind. Ohne Spitzenstellung in Forschung und Technologie gibt es keine Spitzenstellung in der Wahrnehmung moralischer Verantwortung. Nur wer bei der

Entwicklung von Zukunftstechnologien führt, der kann auch die Debatte über ihre Verwendung führen.

Unser Kriterium leitet sich vom christlichen Menschenbild ab. Es heißt Menschenwürde. Kein Mensch darf benutzt werden zu Zwecken, denen er nicht zugestimmt hat, und das Leben beginnt mit dem Embryo.

Heilung ja, Menschenzüchtung nein, so muss die Devise lauten. Die Gentechnologie, die in den Verantwortungsbereich des Arztes fällt, die mit dem ärztlichen Standesethos vereinbar ist, ist eine große Hoffnung. Die Träume von einem besseren Menschen aber haben schon oft unendliches Leid über die Menschheit gebracht.

Liebe Freunde, machen wir uns nichts vor: Hier tut sich ein unglaublich schmaler Grat auf. Deshalb gilt wie in vielen Bereichen: Deutsche Gesetze alleine reichen nicht aus. Dass das Embryonenschutzgesetz Embryonen vom Augenblick ihrer Entstehung an schützt, das ist richtig. So muss es bleiben. Aber was ist gewonnen, wenn die Amerikaner Forscher, die mit embryonalen Stammzellen experimentieren wollen, mit öffentlichen Geldern unterstützen? Diesen Fragen, dem Schutz des Lebens insgesamt, auch dem des ungeborenen, müssen wir uns aus der Verantwortung vor den Menschen stellen.

Ich sage Ihnen voraus: Es wird hier in den nächsten Jahren harte Auseinandersetzungen geben. Wir als CDU bzw. wir als Bundesrepublik Deutschland müssen hierbei unsere Stimme erheben, und zwar laut und deutlich auf dem Boden unserer Grundwerte. Beliebigkeit und die Dinge einfach laufen zu lassen, das wird nicht gehen.

Neben den Bereichen in Forschung und Technologie, in denen wir Spitze sein müssen und in denen Arbeitsplätze entstehen können, gibt es natürlich auch die

Notwendigkeit, eine Politik für diejenigen zu machen, die nicht automatisch Gewinner aller Entwicklungen und Veränderungen sind. Wir müssen die Arbeitsmärkte auch nach unten öffnen, indem wir einfache Arbeit bezahlbar machen und die Anreize für Arbeitgeber erhöhen, auch niedrig bezahlte Jobs zu schaffen. Es kann und darf nicht weiter so bleiben, dass ein Elektriker fünf Stunden dafür arbeiten muss, um sich eine Arbeitsstunde seines Malerkollegen leisten zu können. Auch das ist eine Folge der rot-grünen Steuer- und Abgabepolitik. Wir haben eine Staatsquote von 49 Prozent und eine Steuer- und Abgabenlast von 43 Prozent nach 16 Monaten Rot-Grün. Das führt zu 16 Prozent Schattenwirtschaft. Das ist vollkommen klar. Das müssen wir bekämpfen.

Ich sage uns voraus: Wir sind mit unserem Vorschlag des Kombilohns wichtige Schritte gegangen. Wir haben hier interessante Ansätze gehabt. Aber all das muss weiterentwickelt werden. Auch das wird uns in den nächsten Jahren in ganz unglaublichem Maße beschäftigen, wenn wir wirklich für alle faire Chancen und Teilhabe schaffen wollen.

Liebe Freunde, wir haben eben ein anderes Gerechtigkeitsverständnis als die Sozialdemokraten. Für uns geht es um mehr als um Umverteilung. Sozial gerecht ist für uns das, was Beschäftigung schafft, was Chancen eröffnet.

Und damit sind wir mitten in der spannenden Debatte um den notwendigen Wandel der sozialen Sicherungssysteme. Es war natürlich ein Bärendienst, dass Schröder und Riester gleich mit einer mehrfachen Rentenlüge gestartet sind. Im Wahlkampf hieß es, eine Reform sei nicht nötig. Das war **Schröders Lüge Nummer 1**. Dann wurde das Versprechen abgegeben, die Renten würden auch in Zukunft wie die Nettolöhne steigen. Drei Monate später

wurde das Versprechen kassiert – **Lüge Nummer 2**. Kurz darauf hieß es, es gäbe zwei Jahre lang eine Anpassung um die Inflationsrate. Ergebnis: Die Inflationsrate betrug 1,8 Prozent, die Rentanpassung 0,6 Prozent. **Das war Lüge Nummer 3**. Und vor der Rückkehr zur Nettolohnformel – das steht uns noch bevor – wird jetzt an dem Nettoeinkommensbegriff herumgedoktert. **Das ist Lüge Nummer 4**. Wie sehr muss man eigentlich mit seinem Latein am Ende sein, fragen wir diese Bundesregierung, wenn man in anderthalb Jahren Rentenpolitik viermal lügt und die Menschen vor den Kopf stößt?

Aber wir wissen um die Bedeutung dieses Themas. Deshalb wollen wir mit der Bundesregierung den Versuch unternehmen, die Frage zu klären, wie sich die Alterssicherung in den nächsten 30 Jahren entwickeln kann. Dabei leitet uns eines: Die Menschen, die jungen und die alten, müssen wieder Vertrauen in die Altersvorsorge gewinnen. Jeder, der sich einmal die Alterspyramide anschaut – ich habe sie erst ansatzweise verdeutlicht –, weiß, dass für die heute unter Vierzigjährigen die Rente anders aussehen muss als die Rente unserer Väter und Mütter. Damit sage ich nicht, dass die älteren Menschen eine Rente beziehen, die sie sich nicht erarbeitet haben und die sie nicht weiterhin bekommen dürfen. Aber um der Generationengerechtigkeit Willen müssen wir mit den verschiedenen Generationen sprechen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir den Jüngeren keine höheren Belastungen zumuten können und dass wir versuchen müssen, mithilfe des Rentensystems die Altersarmut zu verhindern. Dies müssen die beiden Eckpfeiler unseres Rentenmodells sein, über das wir in den nächsten Wochen und Monaten werden sprechen müssen.

Schröder stellt heute nicht gedeckten Wechsel für die Generation von morgen aus. Das werden wir nicht mitmachen. Frau Fischer macht ein Ge-

sundheitssystem, das zu einem Zwei-Klassen-System führt. Das werden wir nicht zulassen. Aber, liebe Freunde, auch für uns wird die Erarbeitung langfristig dauerhafter gerechter Alters- und Gesundheitssicherungssysteme kein einfaches Projekt sein. Wir müssen uns ihm aber stellen. Ansonsten werden uns die Menschen ihre Stimme nicht geben, wenn es wieder zur Wahlurne geht.

Deshalb stellen wir uns den Verhandlungen um einen parteiübergreifenden Rentenkonsens – wenn auch nicht um jeden Preis. Wir werden auf einer vernünftigen Lösung bestehen, die die Realitäten nicht verschweigt, vor allem eine Lösung, die wieder aus der Glaubwürdigkeitskrise beim Thema Rente führt.

Liebe Freunde, ich weiß nicht, wie lange die Menschen im Jahr 2030 im Durchschnitt arbeiten werden. Ich weiß nur eines: Wir müssen die Partei sein, die auch für die Älteren Partei ergreift. Es geht nicht an, dass zu Lasten Dritter Menschen im Alter von 50, 55 oder 58 Jahren aus dem Arbeitsleben entlassen werden und sich in dieser Gesellschaft nicht mehr gebraucht fühlen. Auch dies wird eines der ganz großen Themen sein.

Wir werden deshalb – wenn auch noch nicht auf diesem Parteitag ausführlich – im Herbst auf einem kleinen Parteitag das Thema Bildung besprechen. Es geht darum, dass die Gesellschaft, und zwar alle Generationen, das Lernen erlernen muss. Dies ist vielleicht eine der spannendsten und aufregendsten Aufgaben. Es geht nicht mehr darum, den letzten Berufszweig der Erstausbildung das fünfte Mal zu verfeinern. Es geht darum, dass in der Schule die grundlegenden Techniken gelernt werden, um ein ganzes Leben lang lernen zu können.

Dass man lesen, schreiben und rechnen können muss, ist keine Eigenschaft des 21. Jahrhunderts – obwohl man das heute vielleicht mindestens so häufig betonen muss wie im 20. Jahrhundert. Aber dass man auch Urteilsfähigkeit erlernen muss und dass man lernen muss, sich angesichts der Informationsvielfalt zu entscheiden – für mich gehört die Diskussion, ob man Fleiß, Ordnung und Disziplin benoten darf oder nicht, nun wirklich in die Mottenkiste, weil die Schüler wissen müssen, ob sie all dies können –, sollten wir immer wieder deutlich und laut sagen.

Ich glaube, dass wir es schaffen, Millionen von Eltern anzusprechen, wenn wir mit ihnen über Bildungspolitik diskutieren; denn sie sitzen nachmittags zu Hause mit ihren Kindern und wissen nicht, was sie noch alles lernen müssen, damit es ihr Kind wenigstens schafft, eine vernünftige Berufsausbildung zu bekommen und in dieser Gesellschaft klarzukommen. Ich beschimpfe damit nicht die Lehrer. Ich sage nur, dass große Unsicherheit über das besteht, was man heute können muss. Darüber muss es eine gesamtgesellschaftliche Debatte geben.

Aber ich sage auch: Die Schule – Bildungspolitik – kann kein Reparaturbetrieb für das sein, was in den Familien versäumt wurde.

Die Politik für die Familien wird über die Zukunft dieser Gesellschaft in ganz wesentlichem Maße entscheiden. Genau deshalb haben wir unsere programmatische Erneuerung 1998 mit dem Thema Familie begonnen. Lassen Sie uns das aber nicht in den Aktenschrank lesen! Lassen Sie uns vielmehr weiter darüber diskutieren, wie wir den Familien in dieser Gesellschaft eine lebenswerte Umwelt gestalten können.

Liebe Freunde, die Bundesregierung ergreift Maßnahmen. Es stellt sich aber die Frage, ob die Gleichstellung der Frau

wirklich nur über die Erwerbstätigkeit erreicht werden kann. Das ist nicht das, was die Familien ausmacht. Familie – das bedeutet dauerhafte Bindungen, dauerhafte Verantwortung über die Generationen hinweg. Dort lernt man Verantwortung für sein ganzes Leben. Deshalb müssen wir den Familien helfen.

Wir wissen doch, dass mit Digitalisierung, Informationsgesellschaft, Nanotechnologie und Satellitentechnik die Sehnsucht der Menschen nach Maßstäben und Prinzipien eher zu als abnehmen wird. Ich sage Ihnen voraus: Auch wenn viele Menschen keine direkte Beziehung zu einer der Religionen haben werden, so werden sie doch immer wieder schauen, welches Angebot wir mit dem C in unserem Namen ihnen machen.

Wir sollten eine Partei sein, die Partei ergreift für Bindungen, für Menschen, die den Mut haben, sich in dieser Gesellschaft zu binden. Wir sollten Menschen ermutigen, sich bei komplizierten Sachzusammenhängen eine Meinung zu bilden. Wir sollten sie ermutigen, sich entscheiden zu können. Und wir sollten sie ermutigen, sich zu engagieren: Ältere für Jüngere, Menschen in Ehrenamt für kurzfristige und langfristige Projekte. Nur wer sich engagiert, schlägt Wurzeln. Das ist Teil unseres Verständnisses von Freiheit. Wir wissen doch, wie wichtig es ist, sich zu Hause zu fühlen. Offen zu sein für Veränderungen, fällt leichter, wenn man weiß, wo seine Wurzeln sind. Wir glauben an Menschen, nicht an Systeme. Wir wollen den Menschen den Rücken stärken, damit sie in einer Welt des Wandels bestehen können. Nur so, liebe Freunde, erwächst ein mündiges Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat. Mündige Bürger in einem handlungsfähigen Staat! Starke Bürger, starker Staat – das sind die beiden Ziele, denen wir uns in einer aktiven Bürgergesellschaft verantwortlich fühlen müssen.

Ein glaubwürdiger Staat darf seine Bürger nicht durch Bürokratie tyrannisieren. Ein glaubwürdiger Staat muss dort stark sein, wo der Bürger ihn braucht. Er muss sich an Ordnung, Recht und Gesetze halten und darf nicht anfangen, von Bagatelldelikten zu sprechen. Liebe Freunde, für viele sind 100 DM kein Bagatelldelikt. Deshalb werden wir das nicht zulassen.

Ich sage Ihnen voraus: Jede Aushöhlung des Rechtsempfindens wird die Menschen letztlich nur verunsichern und zu etwas führen, was ich als ganz große Gefahr ansehe: zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in puncto Sicherheit – die einen können sich Sicherheit kaufen, die anderen bekommen sie nicht mehr. Das ist vielleicht eine der Herausforderungen der neuen Gesellschaft. Der Staat muss für die Sicherheit aller sorgen; das ist seine Aufgabe.

Liebe Freunde, Eichelsche Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Kommunen und anschließende Sonntagsreden über die aktive Bürgergesellschaft, wie es der Kanzler gerne macht, passen nicht zusammen. Deshalb sage ich: Die Schnelligkeit des Wandels in unserer Gesellschaft erfordert flachere Strukturen, niedrigere Hierarchien. Deshalb müssen wir die kommunalen Spielräume stärken.

Auch wir haben manchmal gesündigt. Die Kommunen aber müssen Vorrang haben in unserer Politik. Ansonsten wird sich niemand mehr engagieren, ansonsten wird niemand mehr kandidieren. Dass wir in Essen einen CDU-Oberbürgermeister haben und in Nordrhein-Westfalen weite Flächen schwarz sind und nicht rot, ist der Erfolg der Glaubwürdigkeit von CDU-Kommunalpolitik. So müssen wir weitermachen.

Liebe Freunde, das ist unser Verständnis von Heimat: dass das Gemeinwesen nicht eine anonyme Geldverteilungsmaschine ist, sondern ein Ort, wo ich gebraucht werde,

wo ich entscheiden kann, wo ich Verantwortung übernehmen kann. Wir sagen den Menschen: Ihr könnt in eurer Heimat so sein, wie ihr wollt. Unser Land zeichnet sich durch Vielfalt aus. Das ist es doch gerade, was unsere Gesellschaft so lebendig macht.

In einem solchen Verständnis ist es dann auch nur selbstverständlich, dass wir uns überall, ob in Berlin oder in Brüssel, gegen Überregulierung wehren. Damit spreche ich etwas an, was uns in den nächsten Monaten mit Sicherheit ganz intensiv beschäftigen wird: die zukünftige Struktur und Architektur Europas. Für mich steht sie am Scheideweg. Durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam ist europäische Politik immer stärker Innenpolitik geworden. Die Europäische Union und ihre 370 Millionen Bürger müssen jetzt entscheiden, welche gemeinsamen Interessen sie nach außen im internationalen Wettbewerb vertreten wollen, welche Entscheidungen sie dazu gemeinsam in Brüssel treffen müssen und welche Kompetenzen die Nationalstaaten behalten. Sie müssen entscheiden, wer zu dem künftigen Europa gehören soll, wie die Vertiefung der Zusammenarbeit aussehen soll und wie das Verhältnis von Kommission, Rat und Europäischem Parlament weiterentwickelt wird.

Liebe Freunde, dies ist eben nicht, wie viele heute noch denken, eine Diskussion für Spezialisten. Es ist eine Diskussion für alle Bürger in diesem Land, vor allen Dingen für alle, die sich politisch interessieren. Vielleicht ist es am wichtigsten, dass wir lernen, die europäischen Anliegen in eine Sprache zu übersetzen, in der auch die Bürger vor Ort sie wirklich nachvollziehen können.

Weil das so wichtig ist und weil wir alle das doch spüren, wenn wir über die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie reden, wenn wir über die dritte Reinigungsstufe reden, wenn wir über das europäische Genehmigungsrecht sprechen, wenn die Menschen

Anträge auf Forschungs- und Entwicklungsvorhaben nach Brüssel schicken, wenn sie Genehmigungen einholen, genau deshalb fragen sich doch die Menschen: Was für eine Europäische Union ist das, und wollen wir diese oder wollen wir eine andere? Wenn wir sagen, dass wir darüber offen diskutieren müssen, dann sind wir für ein richtig verstandenes Europa, und für dieses Europa sind wir auch dann, wenn wir sagen: Wir brauchen einen Verfassungsvertrag, in dem die Kompetenzen klar und eindeutig geregelt sind. Dann wird der Weg nach Europa für die Bürger, für die Menschen in einem guten Sinne weiter zu gehen sein.

Es hat keinen Sinn, sich vor der Einsicht zu drücken, daß die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion natürlich erhebliche Auswirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme hat. Ich finde, darüber können wir doch offen und ehrlich sprechen. Nichts ist schlimmer, als wenn den Menschen nach Jahren gleichsam vorgeknallt wird, dass nun nichts mehr zu ändern ist.

Die Innenpolitik der Europäischen Union darf auch nicht allein vom Europäischen Gerichtshof bestimmt werden.

Wir müssen dies angehen für Europa und seine Vertiefung. Wenn dies nicht gelingt, wenn wir dies nicht schaffen, werden wir auch eines der wichtigsten Projekte gar nicht durchführen können, das wir aber durchführen wollen: Ich spreche mich ausdrücklich dafür aus, dass wir ab 2003 die ersten neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union aufnehmen können. Liebe Freunde, Polen und Tschechien haben einen riesigen Beitrag dazu geleistet, dass wir heute nicht mehr im kommunistischen Osten leben müssen.

Diese Länder haben ein Anrecht darauf, zur Europäischen Gemeinschaft, zur Europäischen Union zu gehören. Das ist über

viele Jahre in vielen Reden gesagt worden, und heute kann es Realität werden, heute müssen wir dafür arbeiten.

Wir halten aber den von der Bundesregierung forciert betriebenen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union für falsch.

Die Enttäuschung auf Seiten der Türkei ist heute schon vorprogrammiert, denn viele Versprechungen werden sich nicht halten lassen.

Das Andere ist: Wenn nicht erkennbar ist, wohin die Reise in Europa geht, dann werden auch die Menschen in Europa enttäuscht sein, und genau dies darf nicht passieren.

Deshalb müssen wir auch unvoreingenommen ein weiteres heißes Eisen anpacken, und zwar im europäischen Kontext: Wie gehen wir angesichts unserer alternden Gesellschaft und unseres Menschenbildes mit Zuwanderung und Asyl um? Es kann doch nicht sein, dass in einem Europa der gleichen Währung und der gleichen Wirtschaftsbedingungen die Belastungen durch Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge völlig unterschiedlich verteilt sind.

Wenn Bundesinnenminister Schily schon der Meinung ist, den Menschen sagen zu müssen, dass die Grenze der Zumutbarkeit, der Belastung mit Zuwanderung und Asylbewerbern in Deutschland überschritten ist – und man kann ja darüber streiten, ob er das hätte öffentlich sagen sollen –, aber wenn er es öffentlich sagt, dann ist es seine tägliche Hausaufgabe, nach Brüssel zu fahren und zu versuchen, über einheitliche europäische Regelungen hierfür zu verhandeln. Das, liebe Freunde, vermissen wir!

Wenn das europäische Asylrecht harmonisiert werden muß, dann spricht für mich auch nichts dagegen, dass wir uns in Deutschland daran beteiligen. Wenn das erfordert, dass wir über eine institutionelle Garantie des Asylrechts diskutieren, dann

müssen wir dies unvoreingenommen tun und dürfen nicht von vornherein schon wieder sagen, dass das nicht in Frage kommt.

Deutschland wird weiterhin die Menschen, die in Not sind, aufnehmen. An dieser Grundhaltung der Bundesrepublik Deutschland wird sich nichts ändern. Aber eine Politik nach Lust und Laune, die mal Zuwanderung betreibt, die mal beklagt, dass wir zu viele Menschen haben, die jeder grundsätzlichen Diskussion über Zuwanderung und anderes mehr aus dem Wege geht, eine solche Politik werden wir nicht dulden.

Die Wahrheit ist doch: Rot-Grün ist in der Frage einer systematischen Diskussion von Asylrecht und Zuwanderungspolitik schwer zerstritten. Gerade deshalb, liebe Freunde, sollten wir die Diskussion in einem vernünftigen Maße bestimmen. Aber auch das wird uns Kraft und Sachverstand kosten, und auf diese Arbeit müssen wir uns vorbereiten.

Eines ist für mich auch sonnenklar: Wenn die Staaten der Europäischen Union und ihre Staats- und Regierungschefs einen Weg weiter beschreiten, wie sie ihn gegenüber Österreich in den letzten Wochen und Monaten beschritten haben, wird das Europa der Zukunft nicht das Europa der Bürger sein.

Wir sind wahrlich keine Freunde der FPÖ. Ich brauche das hier nicht zu betonen. Aber anstatt die Regierung in Wien an ihren Taten zu messen, anstatt wirklich erst einmal abzuwarten, was dort geschieht, will man fast zwei Drittel der österreichischen Wähler einfach isolieren. Jetzt fangen alle schon wieder an, zurückzurudern, so gut es geht. Aber, liebe Freunde, was ist denn passiert? Gewonnen hat nur einer, und das ist Haider. Den kennt jetzt jeder in Europa. Das ist das Ergebnis sozialdemokratischer Politik.

Die Sache wird doch besonders absurd, weil sich gerade Schröder, was zweifelhafte Koalitionspartner angeht, an den eigenen Kopf fassen sollte.

Liebe Freunde, es war nicht weit von hier, und es ist nicht lange her, da hat in diesem Land eine Partei einen Bundesparteitag abgehalten. Ich meine die PDS. Diese Partei stimmt nicht einmal für UNO-Einsätze bei Friedensmissionen. Mit dieser Partei koalitiert Schröder in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt. Dazu gibt es, so meint er, nichts zu sagen, und dann regt er sich über die ÖVP in Österreich auf. Das ist mit zweierlei Maß gemessen, und das werden wir nicht durchgehen lassen. Das muss man den Menschen sagen!

(Lebhafter Beifall)

Genauso blamabel ist es doch, wie die Bundesregierung unsere Bundeswehr im Kosovo-Konflikt behandelt. Liebe Freunde, die Bundeswehr braucht einen starken Minister, aber genau den hat sie jetzt nicht. Sie hat einen Minister, der mit allem beschäftigt ist, nur eben nicht damit, den Soldaten eine gute Ausrüstung und eine sichere Zukunft zu garantieren, einen Minister, der sich gegen Eichel und Schröder nicht durchsetzen kann. Ein solcher Verteidigungsminister ist nicht der richtige Mann in dieser Zeit. Unsere Soldaten, die 10 000, die in internationalen Einsätzen tätig sind, haben ein Recht darauf, vernünftig ausgestattet und vernünftig versorgt zu sein. Unsere Soldaten haben ein Recht darauf, über die Zukunft der Bundeswehr informiert zu sein. Wir sind für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Wir sind dafür, dass hierfür eine vernünftige Ausstattung zur Verfügung gestellt wird. Auch dort werden wir uns intensiv in die Diskussion einmischen.

So wird klar: Europäische Einigungspolitik ist heute Friedenspolitik. Wer ein Europa der Regionen will, der muss es den Menschen erlauben, in den Wettbewerb um die bessere Lösung einzutreten. Zentralismus heißt Gleichmacherei, und Gleichmacherei heißt Stillstand. Wir wol-

len zusammen mit unseren Freunden in der Fraktion der Europäischen Volkspartei – wir sind stolz darauf, dass Deutschland einen Beitrag dazu geleistet hat, dass die Fraktion der Europäischen Volkspartei die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament ist – die Visionen von Europa weiterentwickeln. Dafür steht die CDU.

Liebe Freunde, Konrad Adenauer würde spätestens jetzt wahrscheinlich sagen: Die Lage war noch nie so ernst wie jetzt. – Ich habe mir erzählen lassen, dass er dies relativ häufig gesagt hat, und trotzdem kann ich diesen Satz in meiner Situation heute gut nachempfinden, denn die CDU Deutschlands steht am Anfang des 21. Jahrhunderts vor einer Bewährungsprobe.

Wir müssen unseren Anspruch in dieser Gesellschaft klarmachen: Ich will eine CDU, die die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft unter globalisierten Bedingungen weiterentwickelt. Ich will eine CDU, die es schafft, auch unter diesen neuen Bedingungen Markt und Menschlichkeit zu versöhnen.

● **Ich will eine CDU**, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Menschenwürde zu ihrem Maßstab bei der Bewertung technologischer Risiken macht.

● **Ich will eine CDU**, die der Generationengerechtigkeit bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme zum Durchbruch verhilft.

● **Ich will eine CDU**, die für ein Europa der Bürger eintritt.

● **Ich will eine CDU**, die dem einzelnen Bürger Freiräume lässt und die ihm dort, wo der Bürger ihn braucht, einen starken Staat zur Seite stellt.

● **Ich will eine CDU**, die die kleinen Einheiten unterstützt. Ein Bekenntnis zur Nation, zur Heimat, ein Bekenntnis zur eigenen Identität – das ist die Voraussetzung, sich in der Welt zurechtzufinden.

● **Ich will eine CDU**, die für ein Deutschland eintritt, das ein tolerantes Land unter anderen ist, das sich nicht aufspielt und das sein Licht nicht unter den Scheffel stellt.

● **Ich will eine CDU**, deren Mitglieder in die Meinungsbildung einbezogen werden, die selbstbewusst sind und diskutieren.

● **Ich will aber auch eine CDU**, die nach Debatten und Diskussionen klare Entscheidungen trifft, Mehrheitsentscheidungen akzeptiert und auf dem gemeinsamen Weg vorangeht.

Liebe Freunde, wer, wenn nicht wir, kann die gewaltigen Aufgaben unserer Zeit angehen? Wann, wenn nicht jetzt, können wir die Chance nutzen, unseren Anspruch neu deutlich zu machen? Wir haben mit unserem christlichen Verständnis vom Menschen, mit unserem Wertefundament herausragende Möglichkeiten, den Anforderungen der neuen Zeit gerecht zu werden. Wir müssen die Wirklichkeit aufnehmen und wir müssen an uns selbst glauben.

Genau dies leitet uns auf den Weg, uns zu erneuern. Den Anfang haben wir mit Friedrich Merz gemacht und diesen Weg werden wir weitergehen.

Wir, die Union – CDU und CSU –, sind der stabile Faktor in Deutschland. Wir sind nicht immer einer Meinung in CDU und CSU, aber immer auf einem gemeinsamen Weg. Das macht den Reiz und die Stärke dieser Gemeinschaft aus. Wir stehen fest zusammen, so wie wir es in den letzten Monaten gesagt haben. Natürlich können und werden wir voneinander profitieren und lernen. In München wird unglaublich viel Vernünftiges formuliert.

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Michael Glos, einer der Sprüche, die mir unheimlich gut gefallen, heißt „Mir san mir“. Ich kann nur sagen: Dieser Spruch kann auch außerhalb Bayerns weiter seine Gültigkeit haben.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, die CDU ist in Bewegung: Fast auf den Tag genau vor 15 Jahren brachte schon einmal ein Parteitag in Essen einen großen Durchbruch für die CDU, der Essener Parteitag 1985 zur Frauenpolitik. Das war – die Frauen seufzen schon – eine echte Pionierarbeit für die große Volkspartei der Mitte.

Liebe Freunde, ich habe mich gefreut, dass in den vergangenen Wochen viel darüber diskutiert wurde, was eigentlich konservativ sei. Einer, der sich an der Debatte beteiligt hat, hat für mich richtigerweise geschrieben: „Konservativ kommt nicht von Konserve. Die Konservativen der Zukunft erkennt man am Mut zur Veränderung.“ Die Wirklichkeit annehmen, fähig zur Erneuerung sein und zugleich Wertvolles bewahren – genau das ist konservativ.

(Anhaltender Beifall)

Nach Essen 1985 wird in diesem Sinne von Essen 2000 wieder ein Signal ausgehen, ein Signal der Erneuerung, das uns die Kraft gibt, auch in diesem Jahrhundert erfolgreich zu sein.

Lieber Jürgen Rüttgers, wenn wir bei den Kommunalwahlen im September im Ruhrgebiet, im Herzen der Sozialdemokratie, Unglaubliches geleistet haben, wenn wir dem Bedürfnis der Menschen nach einer Erneuerung in diesem Lande nachgekommen sind, wenn wir es geschafft haben, fast absolute Mehrheiten in riesigen Landstrichen zu erreichen, dann kann ich nur sagen: Wir haben als Christliche Demokraten eine Lektion gelernt: mehr Offenheit. Genau dies fehlt der SPD in Nordrhein-Westfalen. Das haben die Menschen gespürt.

(Anhaltender Beifall)

Genauso, wie sich die Menschen ihre Städte und Landkreise in Nordrhein-Westfalen erobert haben, genauso bedürfen die Regierungsgeschäfte in Düsseldorf einer neuen Moral. Wolfgang Clement steht nicht für diese neue Moral. Deshalb wird es nur gehen, wenn wir auch in Düsseldorf einen

Regierungswechsel mit einem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers herbeiführen. Ich sage Ihnen: So, wie wir es können, werden wir Sie in den nächsten Wochen unterstützen, damit dies gelingen kann.

Die CDU wurde nach 1945 als Antwort auf die Erfahrungen mit einem totalitären Regime gegründet. Diese Erfahrung liegt für den Westen schon über ein halbes Jahrhundert zurück. Für all die, die aus dem Umbruch der DDR zur CDU gestoßen sind, ist diese Erfahrung noch ganz frisch. Die CDU steht jetzt vor einem Generationenumbruch. Diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg zumindest noch als Kinder erlebt haben, bestimmen die Politik nicht mehr in der ersten Reihe. Stattdessen prägen diejenigen, die in der Nachkriegszeit groß geworden sind oder die sogar – wie ich – 35 Jahre ihres Lebens in einer Diktatur gelebt haben, die zukünftige Richtung unserer Partei.

Damals – 1989 – sind wir aufgebrochen. Ich bin mit meinen Kollegen von der Akademie der Wissenschaften in Berlin losgezogen. Zuerst habe ich bei der SDP Halt gemacht, aber da habe ich mich nicht lange aufgehalten. Mich zog es in den Demokratischen Aufbruch. Der Name war Programm. Später gehörten wir zur Allianz für Deutschland. Das war für uns alle eine unglaubliche Zeit: große Neugier auf das

Neue. Einem Freund habe ich damals in sein Buch geschrieben: Geh ins Offene. – Was ist das für eine Aussicht: Geh ins Offene, in die Freiheit, in die neue Zeit? Dabei hatten wir eine ganz klare Gewissheit: Die Freiheit, die Demokratie ist ein Gut, das gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Daran hat sich nichts geändert.

Wer – wie ich – in der DDR gelebt hat, der weiß, dass Politik gegen die Natur des Menschen ein Frevel ist. Wir wissen um den Wert der Freiheit.

Unser Herz schlägt nicht links. Unser Herz schlägt für Deutschland und Europa.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Zukunft hängt einzig und allein von unserer eigenen Stärke ab. Die haben wir selbst in der Hand. Wir wollen die treibende Kraft in Deutschland, wir wollen wieder die Nummer eins werden. Wir haben ein klares bundespolitisches Ziel: der Wahlsieg 2002. Dafür, liebe Freunde, heißt es arbeiten. Dafür heißt es die Menschen begeistern. Rot-Grün kann sich warm anziehen. Denn jetzt geht es wieder zur Sache – für Deutschland, für die Menschen. Dafür trete ich an und dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich von Ihren Plätzen.)

Den neuen Schwung zu einer Mitgliederwerbeaktion im Osten nutzen

Die CDU im Osten sollte nach Ansicht von Günter Nooke den Schwung des Parteitags von Essen für eine Mitgliederwerbeaktion nutzen.

Wir sollten das Signal von Essen aufnehmen und in den nächsten Monaten verstärkt um Mitglieder im Osten werben, so Nooke am Rande des Parteitags. Wir müssen politisch interessier-

te Menschen ansprechen, die bereit sind, bei diesem politischen Aufbruch mitzumachen.

Die CDU hat im Osten – einschließlich Berlins – rund 67.000 Mitglieder. Das ist rund ein Zehntel der gesamten Mitgliedschaft, und nach der Einheit hat die Partei in den neuen Bundesländern Mitglieder sogar verloren.

Edmund Stoiber: Liebe Frau Merkel, Sie haben in den letzten Monaten vor allem Glaubwürdigkeit, Durchsetzungskraft, Mut und Geradlinigkeit bewiesen. Damit haben Sie sich viele Sympathien weit über die CDU hinaus erworben. Das ist ein Vertrauenspotential, auf dem die CDU jetzt aufbauen kann. Und ich füge als Vorsitzender der CSU hinzu: Bei dieser Aufbau- und Erneuerungsarbeit haben Sie die CSU als stabilen und verlässlichen Partner an Ihrer Seite.



Angela Merkel: Liebe Freunde, wer, wenn nicht wir, kann die gewaltigen Aufgaben unserer Zeit angehen? Wann, wenn nicht jetzt, können wir die Chance nutzen, unseren Anspruch neu deutlich zu machen?

Ruprecht Polenz:

Wir brauchen eine Renaissance der Mitglieder-CDU

Vor zwei Wochen hätte ich mir noch nicht vorstellen können, dass ich jetzt hier stehen würde. Als Frau Merkel mich zum ersten Mal gefragt hat, ob ich als Generalsekretär zur Verfügung stünde, habe ich gründlich überlegt, mich ausführlich mit meiner Frau und unseren Kindern beraten und zwei gute Freunde gefragt, ob sie mir das zutrauen würden. Denn ich gehöre nicht zu den Menschen, die sich von vornherein für jede Aufgabe für geeignet halten.

Es geht ja bei einer solchen Entscheidung nicht nur um weit reichende Veränderungen im persönlichen und privaten Umfeld, wie Sie sich vorstellen können, sondern auch um eine große Verantwortung. Dann habe ich noch einen Rat befolgt, den mir früher mein Vater gegeben hat: Ich habe eine Nacht darüber geschlafen.

Nachdem mir alle zugeraten hatten, meine Kinder einverstanden waren und vor allem meine Frau gesagt hatte, ich solle Ja sagen, da habe ich mich Frau Merkel gegenüber dazu bereit erklärt. Ich habe gesagt: Ja, Frau Merkel, ich stehe zur Verfügung. Ich bin bereit, diesen Dienst für unsere Partei zu leisten, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Was bringe ich mit? Welche Erfahrungen kann ich einbringen? Oder, wie Journalisten in den letzten Tagen immer gerätselt haben: Wer ist Polenz?

Politisch begann ich als „alternativer 68er“ im RCDS an der Uni Münster. Es war die Zeit der großen Teach-ins mit über 1 000 Studenten in überfüllten Hörsälen – und davon immer mehr als zwei Drittel gegen

uns. Manchmal blieb es nicht bei verbalen Attacken. Alle, die damals dabei waren, können sich an die außerordentliche Härte erinnern, mit der an den Universitäten gegen uns gekämpft wurde. Trotzdem gewannen wir mit dem RCDS im Wintersemester 1968/69 die Wahlen und lösten den linken AStA ab, in dem unter anderem Frau Matthäus-Maier Mitglied war.

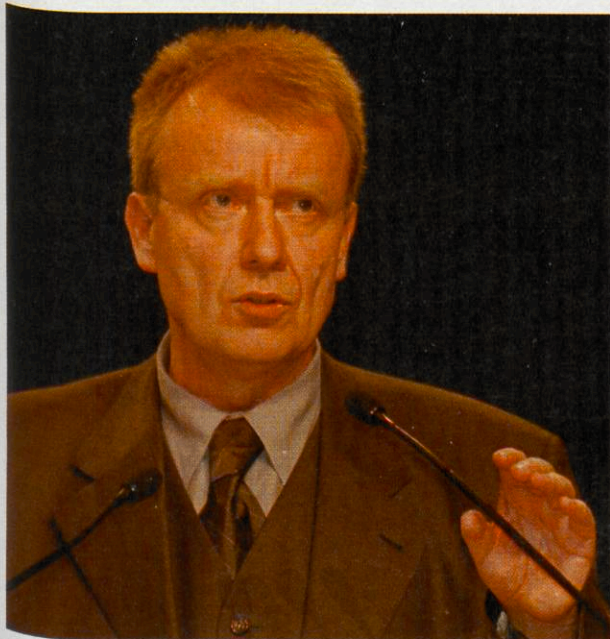
Diese Erfahrungen kamen mir später in der Kommunalpolitik zugute. Keine noch so turbulente Bürgerversammlung kam auch nur entfernt an die Stimmung heran, die damals dem RCDS von den Linksradi-

Rede von Ruprecht Polenz

kalen entgegenschlug. Selbst die Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 80er-Jahre, anlässlich der ich auf vielen Veranstaltungen für die richtige Politik von Helmut Kohl gekämpft habe, waren dagegen fast ein Zuckerschlecken.

1975 hatte die CDU in Münster ein paar Anti-Jusos gesucht, weil die Juso-Hochschulgruppe die örtliche SPD unterwandert hatte und auf ihrem Marsch durch die Institutionen in die Kommunalpolitik drängte. So kamen der heute sächsische Finanzminister, Prof. Milbradt, und ich in den Rat der Stadt Münster.

1994 wurde ich direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Seitdem arbeite ich dort im Auswärtigen Ausschuss mit folgenden Schwerpunkten: Sicherheitspolitik, transatlantische Beziehungen zu den USA und Kanada, dazu Großbritannien



Bundesweit war ich 1998 der einzige, der diesem massiven Einsatz von finanziellen und materiellen Mitteln der SPD widerstehen konnte; in den anderen 30 Wahlkreisen hatte die SPD leider Erfolg. In Münster dagegen – das war in Deutschland sonst leider nirgendwo der Fall – gab es bei den Erststimmen einen Zugewinn. In der CSU hat nur mein Kollege Hartmut Koschyk dazugewinnen können.

Nun noch ein paar Daten zum beruflichen und persönlichen Werdegang: Ich bin 53 Jahre alt, katholisch, verheiratet, von Haus aus Jurist. Wir haben vier Kinder im Alter zwischen 12 und 22 Jahren.

Ich bin in Sachsen geboren und 1952 mit meinen Eltern und meinem fünf Jahre jüngeren Bruder in den Westen geflohen, weil meine Eltern nicht wollten, dass ich in der DDR eingeschult werde. Aufgewachsen bin ich in Bayern und Baden-Württemberg. Weil mein Vater Soldat war, mussten wir alle drei bis vier Jahre umziehen. Nach dem Abitur am humanistischen Gymnasium in Tauberbischofsheim war ich zwei Jahre bei der Bundeswehr, ich bin Leutnant der Reserve. Seit 1968 leben wir in Münster.

Ich war wissenschaftlicher Assistent von Professor Kirchhof und habe bis zu meiner Wahl in den Deutschen Bundestag als Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster gearbeitet, wo ich auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig war.

Es war mir immer wichtig, eine solide berufliche Grundlage außerhalb der Politik zu haben. Ich bin nicht mit meiner ganzen Existenz von der Politik abhängig.

sowie islamische Länder – darunter so schwierige wie der Iran und die Türkei.

Besonderes Augenmerk habe ich dabei stets auf die Lage der Menschenrechte gelegt und eng mit Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen zusammengearbeitet. Ich habe mich mit der Einwanderungs- und Integrationsproblematik in den USA und Kanada befasst und mir die Erfahrungen dieser Einwanderungsländer vor Ort eingehend angesehen.

Auf mehreren Reisen in die Türkei und den Iran habe ich mich mit den unterschiedlichen Auswirkungen des Islam auf Staat und Gesellschaft beschäftigt.

Bei der letzten Bundestagswahl konnte ich den Wahlkreis Münster erneut direkt gewinnen, obwohl er zu den 31 Zielwahlkreisen gehörte, die mit besonderer materieller und finanzieller Hilfe seitens der Bonner SPD-Baracke gekippt werden sollten.

Deshalb bin ich der IHK Münster auch dankbar dafür, dass ich jederzeit zu ihr zurückkommen kann. Diese Sicherheit gibt mir die nötige innere Unabhängigkeit.

Zehn Jahre als Fraktionsvorsitzender, fast 20 Jahre ehrenamtlicher kommunalpolitischer Arbeit – diese Zeit hat mich politisch entscheidend geprägt. Kommunalpolitik in einer Großstadt mit über 50 000 Studenten, einer Großstadt, in der jeder Zweite mit Bildung, Ausbildung oder Weiterbildung zu tun hat, einer Stadt mit 80 Prozent Dienstleistungsanteil. Das traditionelle Image vom „schwarzen Münster“ stimmt schon lange nicht mehr. In Münster hatten die Grünen schon 1979, viel früher als anderswo, den Einzug in den Stadtrat geschafft. Mit Stimmanteilen bis zu 18 Prozent gehörte die Stadt seitdem zu den bundesweiten Hochburgen der Grünen. Seit der letzten Kommunalwahl ist daraus allerdings eine Sandburg geworden.

Wir haben nicht nur die rot-grüne Mehrheit im Rathaus wieder abgelöst, sondern mit über 52 Prozent für die CDU die absolute Mehrheit gewonnen.

Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker hier im Saal wissen, wie schwer es ist, „gegen die Amtskette“ zu gewinnen. Unser Kandidat Dr. Berthold Tillmann wurde im ersten Wahlgang gegen die populäre Amtsinhaberin von der SPD mit über 56 Prozent zum Oberbürgermeister gewählt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun erwarten Sie von mir mit Recht einiges darüber, wie ich mir mein Amt vorstelle. Dazu eine Vorbemerkung: Der unvergessene langjährige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, der für die CDU immer wieder große Erfolge garantiert hat, sagt in seinen gesammelten Sprüchen:

Wer sich klar ausdrückt, riskiert nicht nur, als ungebildet zu gelten, sondern

auch noch, kritisiert zu werden, während die unklare Rede sich dadurch vor Kritik schützt, dass die Kritiker nicht recht wissen, was eigentlich gemeint war.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich gehe dieses Risiko der Klarheit gern ein, und zwar in sechs Leitsätzen, unter die ich meine Arbeit als Generalsekretär stellen möchte und an denen Sie mich messen sollten. Es ist gewissermaßen das Schwarzbrot der Parteiarbeit. Sie wissen, nur dieses Schwarzbrot gibt Kraft – anders als etwa Sahnetorte.

Erstens: Wir müssen die politische Mitte zurückerobern, aber wir dürfen darüber unser christliches und soziales Profil nicht vergessen. Was heißt das? Parteien- und Wahlforscher sagen zu Recht, dass bei uns Wahlen in der politischen Mitte gewonnen werden; denn „Mitte“ steht politisch für Augenmaß, Mäßigung und einen gerechten Ausgleich der verschiedenen und oft widerstreitenden Interessen in unserer Gesellschaft. Genau diesen gerechten Ausgleich der Interessen erwarten die Menschen von einer Partei, der sie die Regierungsverantwortung anvertrauen. Deshalb ist die politische Mitte unser Schicksal und ihre Eroberung dort, wo wir sie verloren haben, unsere Hauptaufgabe.

Aber wir dürfen über der Faszination für die politische Mitte unsere Werte und das Entstehen für die sozialen Anliegen nicht vergessen. Dass wir diese Anliegen ernst genommen haben – denken Sie an die Soziale Marktwirtschaft! – hat einst den Erfolg der CDU begründet. Das alles verlangt viel Bewegung von uns. Wir müssen die Partei sein, von der die Menschen überzeugt sind, dass sie sich bewegt, und zwar in die richtige Richtung, nämlich in Richtung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes, ohne dabei unsere Wurzeln aufzugeben, aber auch, ohne die

Zeichen der Globalisierung zu übersehen. Auf keinen Fall wollen wir uns mit dem Teil der politischen Mitte begnügen, den andere übriglassen.

Zweitens: Wir müssen wirkliche Volkspartei sein, wir brauchen eine Renaissance der Mitglieder-CDU.

Der schmerzliche Schock der vergangenen Monate über Ereignisse überwiegend auf der Bundesebene darf nicht dazu führen, dass wir die große Innovationskraft und Lebendigkeit übersehen, die uns Schwesterparteien CDU und CSU immer wieder auszeichnen - in den Ländern, in den Regionen, in den Städten und Gemeinden. Für die CDU als Volkspartei haben die Vereinigungen und Sonderorganisationen eine entscheidende strategische Bedeutung. Hier brauchen wir neue Impulse.

Eine Volkspartei braucht eine große Spannweite. Eine Volkspartei braucht auch kräftige Flügel, sonst kommen wir nicht vom Boden hoch. Aber jeder, der einem Flügel unserer großen Volkspartei angehört, muss immer wissen, dass man mit einem Flügel allein nicht fliegen kann.

Wir werden in den kommenden Wahlkämpfen auf überzeugte und überzeugende Mitglieder setzen müssen, mehr auf Menschen statt auf Material, Hochglanzbroschüren, teure Anzeigenkampagnen oder Fernsehspots. Die Finanzlage der Partei lässt uns gar keine andere Wahl.

Aber das muss kein Nachteil sein. Ich sehe es eher als Chance für uns gegenüber einer SPD, die gerade laut darüber nachdenkt, wie sie ihre Wahlkämpfe mit viel Geld noch mehr nach amerikanischem Muster stricken kann. Materialschlacht wird also gegen Mitgliederwahlkampf stehen - teure SPD-Werbespots auf allen Kanälen gegen CDU-Argumente im direkten Gespräch mit den Menschen.

Wenn aber unsere Mitglieder diese zentrale Bedeutung bekommen müssen, dann

hat eine lebendige Parteiarbeit vor Ort strategische Bedeutung auch für Erfolge auf Landes- oder Bundesebene. Warum beteiligen wir unsere Mitglieder nicht noch mehr an den politischen Entscheidungen? Nicht per Brief mit Porto - das ist bei über 630 000 Mitgliedern zu teuer. Aber die elektronischen Medien gestatten Mitgliederbefragungen mit vertretbarem Aufwand. Und die Regionalkonferenzen sollten wir auch beibehalten, meine Damen und Herren.

Lebendigkeit mit Geschlossenheit in den politischen Kernbereichen verbinden, Kritikfähigkeit und Loyalität vereinen, das ist unsere Hausarbeit. Oder lassen Sie es mich ganz einfach sagen: Von Parteien mit dem „C“ verlangt man mit Recht Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit. Daran werden wir gemessen. Deshalb werde ich mich als Generalsekretär besonders für Beispiele erfolgreicher und motivierender Parteiarbeit vor Ort interessieren. Wenn es sich terminlich machen lässt, werde ich gern auch zu Kreisparteitagen kommen, wenn Sie mich einladen.

Wir brauchen eine Renaissance der Mitglieder-CDU, und dazu will ich meinen Beitrag leisten.

Drittens. Wir müssen es schaffen, die an uns geübte begründete Kritik immer wieder ernst zu nehmen und von ihr zu lernen. Es sind ja vor allem die schöpferischen Geister in unserem Land, die sich stets auch zu Recht als kritische Geister verstehen. Die Auseinandersetzung mit der an uns jeweils geübten Kritik, soweit sie sachlich und berechtigt ist, ist in diesem Sinne auch eine Brücke zu den schöpferischen Geistern in unserem Land. Wir brauchen diese Menschen, weil wir sonst nicht in der Lage sind, die Meinungsführerschaft in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu erringen.

Viertens. Wir müssen dort, wo unsere Organisation nicht stimmt, ein realistisches

und professionelles Sanierungsmanagement betreiben. Wir brauchen flexible und lernfähige Strukturen der Aufbau- und Ablauforganisation. Hier müssen wir professionellen Rat suchen und beachten und das immer wieder. Denn nichts veraltet im Zeitalter des strukturellen Wandels so schnell wie Wissen und Organisationsstrukturen.

Aus meinen Gesprächen mit meiner Brandenburger Kollegin Katharina Reiche und mit Günter Nooke weiß ich einiges über die strukturelle Organisationsschwäche unserer Partei im Osten. Wir müssen trotz aller Finanzknappheit sehen, dass wir hier gemeinsam zu Verbesserungen kommen.

Fünftens. Wir müssen die kommunikative Demokratie, die Mediendemokratie ernst nehmen. Was will ich damit sagen? Sie alle wissen, dass wir in der Mediengesellschaft mit ihren zwei Wirklichkeiten leben, der medialen Wirklichkeit, wie die alten und die neuen Medien sie zeigen, und der wirklichen Wirklichkeit. Deshalb dürfen wir uns nicht in einer Binnenzufriedenheit damit begnügen, im internen Parteikämmerlein unsere Werte und Ziele zu hegen und zu pflegen. Wir müssen stattdessen mit Hilfe der besten Kommunikationsfachleute ein unverwechselbares Öffentlichkeitsbild dessen schaffen, was wir sind und was wir wollen.

Wir müssen dieses Öffentlichkeitsbild immer wieder auf seine Wirksamkeit und Treffsicherheit überprüfen. Dies gilt umso mehr, als wir vor der großen Aufgabe stehen, unser Profil für das 21. Jahrhundert neu zu schärfen und weiter zu entwickeln.

Sechstens. Wir müssen Wertorientierung mit Wertschöpfungsorientierung verbinden. Die CDU muss die glaubwürdige Partei der humanen, sozialen und ökologischen Werte sein. Aber wir dürfen dabei die ökonomischen und finanziellen Quellen der Wertschöpfung nicht gering ach-

ten. Wir sind nur dann glaubwürdig und überzeugend, wenn wir Wertorientierung mit Wertschöpfungsorientierung verbinden, wenn wir also wieder die Markt- und Meinungsführerschaft im finanziellen und ökonomischen Kompetenzfeld gewinnen.

Ich wende mich an Sie, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, mit der Bitte um Vertrauen. Ich werbe um Zustimmung und um Unterstützung für diese sechs Grundsätze für unsere Parteiarbeit:

➔ Wir müssen die politische Mitte zurückerobern, aber wir dürfen darüber unser christliches und soziales Profil nicht vergessen.

➔ Wir müssen wirkliche Volkspartei sein. Wir brauchen eine Renaissance der Mitglieder-CDU.

➔ Wir müssen es schaffen, die an uns geübte begründete Kritik immer wieder ernst zu nehmen und von ihr zu lernen.

➔ Wir müssen dort, wo unsere Organisation nicht stimmt, ein realistisches und professionelles Sanierungsmanagement betreiben.

➔ Wir müssen die kommunikative Demokratie, die Mediendemokratie, ernst nehmen.

➔ Wir müssen Wertorientierung mit Wertschöpfungsorientierung verbinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bankier Alfred Herrhausen schrieb: „Die meiste Zeit geht damit verloren, dass man nicht zu Ende denkt.“ Wir sollten also bei dem Weg, der vor uns liegt, mit Sorgfalt, Augenmaß und Umsicht zu Werke gehen. Nach den tiefen Tälern der letzten Zeit dürfen wir zuversichtlich sein, dass jetzt wieder Höhen vor uns liegen können. Für die harte Periode des Aufstiegs, die jetzt vor uns liegt, wünsche ich uns allen mit dem Gruß der Bergleute meiner nordrhein-westfälischen Heimat ein herzliches „Glückauf“!

Stasi-Opfer nicht ein zweites Mal zum Opfer machen

Anlässlich der Debatte über die Verwendung der Stasi-Abhörprotokolle erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Das Recht der Menschen auf ihre Privatsphäre und der Schutz ihres Brief- und Telefongheimnisses gehört zu den elementaren Grundpfeilern unserer freiheitlichen Demokratie. In unserem Rechtsstaat ist das Abhören von Telefongesprächen nur unter eng umgrenzten gesetzlichen Voraussetzungen und nach richterlicher Anordnung zulässig. Denn entscheidend für einen Rechtsstaat ist nicht die Frage, was der Staat alles wissen und herausfinden könnte, sondern was der Staat überhaupt wissen darf.

Das Abhören durch die Stasi ist und bleibt eine Straftat. Es wäre für unseren Rechtsstaat unerträglich, wenn diese kriminell erlangten Informationen direkt oder indirekt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden.

Die Stasi-Opfer dürfen nicht ein zweites Mal zum Opfer gemacht werden.

Nach dem sog. Stasi-Unterlagengesetz sollen die Akten der Stasi drei eng begrenzten Zielen dienen: Die Opfer sollten erfahren können, was die Stasi mit ihnen angestellt hatte. Die Täter sollten daran gehindert werden, ihr Tun jemals zu wiederholen. Außerdem sollten Akten der politischen und historischen Forschung dienen, damit die Geschichte des Stasi-Unwesens aufgearbeitet werden kann. Es geht eben gerade nicht darum, die Tätigkeit derer öffentlich zu machen, die von der Stasi ausgeforscht wurden.

Wer Täter im Dienst der Stasi war, egal ob im Osten oder Westen, dessen Akten dürfen von anderen gelesen werden. Wer Opfer der Stasi wurde, im Osten oder Westen, der darf seine eigenen Akten lesen. Aber wer von der Stasi abgehört wurde, dessen Akten gehen niemanden sonst etwas an.

Zustimmung zur CDU wächst, die SPD verliert

Die CDU holt dank Angela Merkel in der Wählergunst auf. Die Zufriedenheit mit der rot-grünen Regierung sinkt. Die Rückkehr der Union zur Oppositionsarbeit, vor allem aber die Beliebtheit und Akzeptanz von Angela Merkel zeigen Auswirkungen auf die politische Stimmung.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, wäre die SPD mit 39 Prozent zwar weiterhin die stärkste politische Kraft. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies jedoch einen Verlust von drei Punkten. Die Union verzeichnet umgekehrt einen Zugewinn von drei Punkten. Sie erhalte 34 Prozent.

Die Grünen könnten leicht zulegen und würden acht Prozent erhalten. Die FDP käme auf sieben Prozent. Sie verliert mit dem langsamen Wiedererstarren der Union wieder an Zuspruch (minus zwei Prozent). Die PDS bliebe bei ihren sieben Prozent.

Vor dem Hintergrund der sich wieder etwas stabilisierenden Union hat sich auch die Zufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung abgeschwächt. Außersten sich in den Monaten Februar und März 42 und 41 Prozent zufrieden, sind es im April nur noch 35 Prozent. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 11 90
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



UID

13/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. **Vertrieb:** Tel. (02226) 802-123. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.